Nr. 266 — Jahrgang 12 Einzelnummer 0,20 Zl. Sonnabend, den 19. November 1927

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0.14 Zlp. Anzeigen unter Text 0.50 Zlp. von außerhalb 0.60 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 30. 11. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4.00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto: P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Jackowski bei Stresemann

Die erste Unterredung zu den Handelsvertragsverhandlungen — Lewalds Rücktritt und Hindenburgs Dank — Noch keine Entscheidung, ob Handelsvertrag oder Provisorium

Berlin. Donnerstag nachmittag haben in Berlin die persönlichen Besprechungen zwischen dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann und dem Direktor der politischen Abteilung des Warschauer Außenministeriums, Dr. Jackowski, ihren Anfang genommen. Die Aussprache, die zur Festlegung der Grundlagen und Voraussetzungen für die beabsichtigte Wiederaufnahme der eigentlichen Handelsvertragsverhandlungen dient, fanden zwischen Jackowski und Stresemann statt. Sie konnte naturgemäß noch nicht zu irgendeinem abschließenden Ergebnis führen, hatte vielmehr zunächst den Charakter einer persönlichen Fühlungnahme und wird dementsprechend in den nächsten Tagen fortgesetzt werden. Am Freitag wird der Reichsaußenminister zu Ehren des Dr. Jackowski ein Frühstück geben, an dem u. a. auch der polnische Gesandte in Berlin, Dr. Olszowski und Gesandter Rauscher teilnehmen werden.

Hindenburg an Exzellenz Lewald

Berlin. Der Reichspräsident richtete den Abendblättern zufolge, an Exzellenz Lewald, den zurückgetretenen deutschen Verhandlungsführer bei den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen folgendes Schreiben:

„Auf Ihren an den Reichskanzler gerichteten Antrag vom 3. November entbinde ich Sie hiermit von ihren Obliegenheiten als Führer der deutschen Delegation für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. Gleichzeitig spreche ich Ihnen für Ihre bisherige Tätigkeit und Ihre dauernden und ernsten Bemühungen, die Vertragsverhandlungen zwischen den beiden Nachbarländern zu fördern, und zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen, namens des Reichs, besonderen Dank aus. Ich hoffe, daß Ihre Erfahrung und Arbeitskraft, die sie künftig mehr noch als bisher der Förderung des deutschen Sport (?) widmen wollen, dem deutschen Reiche, dem Sie seit vielen Jahren dienten, noch lange erhalten bleiben möge".

Die „Iswestija" zu den deutsch-polnischen Verhandlungen

Warschau. Wie aus Moskau berichtet wird, wird die Abreise Jackowskis nach Berlin dort lebhaft kommentiert. Die „Iswestija" schreiben u. a. Die Liquidation des Zollkrieges zwischen Polen und Deutschland und ventuelle kurzfristige deutsche Kredite für die polnische Industrie würden solange für Polen keinen Nutzen haben, wie Polen nicht den Weg zu einem Kontakt mit dem für die polnische Industrie so notwendigen russischen Markt findet.

Verschärfte Bergbaukrise in England

Neuer Vorstoß Macdonalds gegen die Regierung

London. Die Mittwoch-Auseinandersetzungen im Unterhaus hatten Donnerstag ein Nachspiel. Ramsay Macdonald verlangte für die Opposition, daß die Bergbaudebatte auf einen anderen Tag vertagt werde. Diese Forderung wurde von Baldwin mit der Erklärung abgelehnt, daß es unmöglich sei, einen anderen Tag für die Kohlendebatte freizumachen. Die Opposition lege ja selbst Wert darauf, nach Erledigung verschiedener Gesetzesvorlagen am Donnerstag nächster Woche eine Aussprache über den internationalen Frieden und die Abrüstung herbeizuführen.

Macdonald kündigte darauf die Einbringung einer Entschließung an, in der dagegen protestiert wird, daß der Ministerpräsident zu einer Vorlage, die den ernsten Stand der Kohlenindustrie behandelt, und ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung einschließe, jede Erklärung ablehne.

Im Oberhaus hielt Borkenhead eine scharfe Rede, in der er betonte, daß die von Cook und Herbert Smith kontrollierte Bergarbeitergewerkschaft für die schlechte Lage im Kohlenbergbau verantwortlich sei. Die Bergarbeitergewerkschaft habe, anstatt Verhandlungen mit der Regierung einzuleiten, seinerzeit auf den Generalstreik gedrängt. Trotzdem habe man es versucht, der Regierung ein Mißtrauensvotum wegen ihrer Politik auszusprechen. Eine Aussprache über die Lage im Kohlenbergbau wäre der Arbeiterpartei unangenehm gewesen; nur aus diesem Grund habe sie im Unterhaus den Lärm veranstaltet.

*

London. Die Lärmszenen im Unterhaus waren allgemeiner Gesprächsstoff in den Wandelgängen des Unterhauses und in den politischen Klubs. Während die Unruheszenen allgemein verurteilt werden, gehen die Meinungen über die Zweckmäßigkeit der Haltung der Regierung auseinander. In konservativen Kreisen ist man sehr zufrieden, daß Baldwin dem Druck der Linken nicht nachgab, während im liberalen Lager die Stimmen nicht geltend sind, daß die Arbeiterpartei eine gute Sache verfochten habe. Die Forderung, daß der Ministerpräsident in einer Mißtrauensdebatte persönlich das Wort nehmen sollte, wird als durchaus berechtigt angesehen. Es wird darauf hingewiesen, daß die Unruhen sich wahrscheinlich hätten vermeiden lassen, wenn von konservativer Seite bekannt geworden wäre, daß Baldwin in einem späteren Stadium der Debatte zu sprechen bereit war.

Ganz anders beurteilt wird die Politik der Regierung, die Donnerstag zu den Lärmszenen Anlaß gab. Bis weit ins konservative Lager hinein ist man der Auffassung, daß die Regierung eine wenig glückliche Hand zeigte, und daß heute mit der Erklärung des guten Willens die Schwierigkeiten im Bergbau nicht mehr zu lösen sind. In den Abendblättern wird mit Bedauern über die gestrigen Zwischenfälle Ausdruck gegeben, gleichzeitig aber darauf hingewiesen, daß die Regierung durch eine entgegenkommendere Haltung diese unerfreuliche Wendung hätte vermeiden können. Die Regierung sei in ihrer Haltung zu Beginn durchaus im Unrecht gewesen. Ihre Position habe sich erst verbessert, als die schweren Ausschreitungen der Linken gegenseitiges Entgegenkommen unmöglich machten. Dem englischen Bergbau werde aber durch diese Art der Behandlung der Bergbaufrage nicht gedient und es sei höchste Zeit, daß hier endlich der gesunde Menschenverstand zum Durchbruch komme.

Kramarsch für Verständigungspolitik mit Deutschland

Wien. Die „Neue Freie Presse" veröffentlicht eine Unterredung mit Dr. Kramarsch, in der der tschechische Staatsmann sich für eine Verständigungspolitik mit Deutschland ausspricht. Die Tschechoslowakei sei weder in der Innen-, noch in der Außenpolitik deutschfeindlich. Gegen das neue Oesterreich gebe es in der Tschechoslowakei überhaupt keinen Antagonismus. Was das Deutsche Reich betreffe, so könne die Tschechoslowakei nur die Politik verfolgen, mit dem großen Nachbarn zu einem möglichst freundschaftlichen Verhältnis zu gelangen. Die Tschechoslowakei werde niemals vergessen, daß der deutsche Konsul in Prag sich im Jahre 1918 als erster auf den Boden des neuen Staates gestellt habe. Einer Störung der durch die Friedensverträge geschaffenen Lage werde die Tschechoslowakei sich freilich energisch widersetzen.

Rücktritt des belgischen Kriegsministers?

Brüssel. Die Gerüchte über eine Krise innerhalb der belgischen Regierung nehmen immer bestimmtere Formen ein. Als Grund für die Krise wird die Frage der Heeresreform bezeichnet, in der es bisher zwischen dem Kriegsminister de Broqueville und dem Generalstab zu keiner Einigung gekommen ist. Der Kriegsminister hat in seinem Entwurf zum Heeresreformgesetz den Wünschen der politischen Parteien Rechnung getragen, die eine Herabsetzung der aktiven Militärdienstzeit fordern. Der Generalstab dagegen lehnt eine Verkürzung der Dienstzeit ab. Unter diesen Umständen ist es möglich, daß der Kriegsminister ein Rücktrittsgesuch einreicht und dadurch eine Regierungskrise hervorruft. In politischen Kreisen wird jedenfalls damit gerechnet, daß die bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu einer Krise führen könnten.

Kommunistische Unruhen in Kanton

Berlin. Nach Abendblättermeldungen aus Schanghai haben Donnerstag nacht in Kanton zwischen aufrührerischen Kommunisten und Regierungstruppen heftige Kämpfe getobt. Das Telegraphenamt in Kanton ist von den Kommunisten besetzt worden. Der Belagerungszustand ist über die Stadt verhängt, die Fremden-Niederlassungen werden verstärkt bewacht.

Völkerbund und Elternrecht

Wer geglaubt hat, daß durch die Frühjahrsentscheidung des Völkerbundes in der oberschlesischen Minderheitsschulfrage klare Verhältnisse geschaffen worden sind, der sieht sich heute vor neue Ueberraschungen gestellt. Als wir seinerzeit anzweifelten, ob das Genfer Kompromiß eine vernünftige Lösung ist, da es von der bestimmten Rechtsauffassung der Genfer Konvention abweicht, wurde gesagt, daß dieses Kompromiß nur einen Ausnahmefall bilde, damit überhaupt die ganze Frage einer Lösung näher gebracht werde. Nachdem auch Deutschland diesem Kompromiß zustimmte, unter ausdrücklicher Betonung, daß es sich nur um eine Lösung in diesem einen Falle handle, waren wir der Ansicht, daß sich auch Polen mit diesem Erfolg bescheiden wird. Wir wollen hier absichtlich nicht auf eine Kritik der Kindernachprüfungen eingehen, wie sie seitens des Schweizer Schulfachmanns, Herrn Maurer, unternommen worden ist. Wir waren aber der festen Ueberzeugung, daß mit der Prüfung der Kinder aus dem Schuljahr 1926/27 die Mission des Herrn Maurer in Oberschlesien erledigt ist. Nun wird dem Geschäftsführer des Deutschen Volksbundes dieser Tage eröffnet, daß Herr Maurer erneut seine Tätigkeit aufnimmt und zwar zur Prüfung der Kinder aus dem Schuljahr 1927/28, wovon im Genfer Frühjahrskompromiß keine Rede ist und auch sein kann, nachdem sowohl der polnische Außenminister Zaleski, als auch Herr Stresemann, das Genfer Kompromiß nur als eine Einzelerscheinung angenommen haben. Hier sei ausdrücklich darauf verwiesen, daß auch das Protokoll in dieser Frage von einer Ausnahme spricht und Herr Stresemann zu diesem Protokoll mit Nachdruck betonte, daß Deutschland in Zukunft auf **strikte Innehaltung des Artikels 131 der Genfer Konvention** bestehen muß und daß die zwischen Deutschland und Polen geschaffene Verständigung, nur einen Ausnahmefall bildet.

Daß Polens Bemühungen seit jeher darauf hinausgehen, dem Artikel 131 der Genfer Konvention eine andere Deutung zu geben, ist bekannt und aus dieser Auslegung polnischerseits ist auch der Schulstreik Ende 1926 entstanden. Der Artikel 131 besagt ausdrücklich, **daß einzig der Erziehungsberechtigte berufen ist, zu entscheiden, welche Schule seine Kinder besuchen sollen.** Durch das Genfer Kompromiß ist die klare Rechtsbestimmung durch einen Ausnahmefall durchbrochen worden, man hat durch die Zulassung der Prüfung durch Herrn Maurer einen Präzedenzfall geschaffen, der jetzt eine sonderbare Auslegung findet. Wir haben uns seinerzeit, wenn auch mit gemischtem Gefühl, mit dem Genfer Kompromiß abgefunden, in der Meinung, daß diese Lösung der Frage auch eine Entspannung der deutsch-polnischen Beziehungen bringen wird. Nun hat sich Polen mit der Genfer Entscheidung nicht zufrieden gegeben, sondern bei der fraglichen Kommission, die das oberschlesische Kompromiß geschaffen hat, einen neuen Antrag gestellt, der dahin geht, daß auch die Kinder des Schuljahres 1927/28 einer Prüfung unterzogen werden sollen. Der Vorsitzende dieser Kommission, der südamerikanische Delegierte Urutia hat nun die Auslegung des Kompromisses dahin gedeutet, daß Herr Maurer auch die neuen Prüfungen vornehmen kann. Von dieser Tatsache wurde Herr Calonder verständigt, der diese neue Ueberraschung auch Herrn Ulitz weiter gab. In der Auslegung des Herrn Urutia wird ausdrücklich auf den Ausnahmefall verwiesen, daß die Prüfunegn keine dauernde Entscheidung bedeuten, sondern im Zusammenhang mit dem Kompromiß auch auf das Schuljahr 1927/28 auszudehnen sind. Wir nehmen diese Tatsache zur Kenntnis, müssen aber die Art der Auslegung auf das entschiedenste zurückweisen, denn sie ist ein Eingriff in das klar umschriebene Elternrecht, welches durch den Artikel 131 der Genfer Konvention für alle Fälle festgelegt ist. Die deutschen Eltern werden sich jedenfalls diese neue Entscheidung nicht bieten lassen und werden unter diesen Umständen gezwungen sein, erneut den Völkerbund in der Elternrechtsfrage anzurufen, damit er die sonderbare Auslegung des Herrn Urutia zurückzieht. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß die Kinder des Schuljahres 1927/28 einer Prüfung unterzogen werden, mit der auch schon am Dienstag begonnen worden ist. So wird polnischerseits aus einem Präzedenzfall ein dauerndes Recht zu schaffen versucht.

Es muß bei dieser Gelegenheit auf das Zustandekommen des Genfer Kompromisses hingewiesen werden. Die Entscheidung, die seinerzeit Herr Calonder getroffen hat, legten das Elternrecht, wie es der Artikel 131 der Genfer Konvention umfaßt, so aus, wie er auch deutscherseits aufgefaßt wird, also, daß den Eltern das alleinige Bestimmungsrecht zusteht, gleichgültig, welches ihre Muttersprache ist und gleichgültig, zu welcher Nationalität sie sich bekennen. Polnischerseits wurde nun die These verfochten, daß Kinder, die nicht der deutschen Sprache folgen können, ausschließlich der polnischen Schule zugewiesen werden müssen. Es setzten hierauf die bekannten Vorgänge ein, die den Schulstreik erzeugten und Tausende Kinder der Schule entzogen. Die Eltern haben sich seinerzeit weder von den Schikanen, noch von den Strafen abhalten lassen

und bestanden auf ihrem, ihnen von der Genfer Konvention garantierten Recht. Als der Völkerbund angerufen wurde, waren wir uns klar, daß nach der gespannten politischen Lage im Völkerbund selbst die Angelegenheit nur durch ein Kompromiß gelöst werden kann und wir haben vor einem solchen Kompromiß gewarnt, im der Erkenntnis, daß dieses später zu Unerträglichkeiten führen wird. Schon die Art, wie die Prüfungen durch Herrn Maurer vorgenommen wurden, ließen Bedenken aufkommen. Aber wir waren der Meinung, daß schließlich die ganze Frage irgendwie gelöst werden muß und darum das Genfer Kompromiß als eine Ausnahmeentscheidung hingenommen. Im Völkerbund war damals von einer einheitlichen Stellung zum oberschlesischen Schulstreik nichts zu merken, denn nicht weniger wie fünf verschiedene Projekte lagen vor, die sich mit der Lösung dieser Frage beschäftigten. Man glaubte darin die beste Entscheidung zu treffen, indem man einem Schulmann die Prüfung überließ, den wir auch in dem Schweizer Maurer nach Oberschlesien bekamen. Aber im damaligen Protokoll zu dieser Frage wurde ausdrücklich festgestellt, daß es sich nur um die Entscheidung für die Kinder des Schuljahres 1926/27 handelt, daß durch dieses Kompromiß der Artikel 131 der Genfer Konvention berührt wird. Allerdings hat man die Auslegung dieses Protokolls einer dreigliedrigen Kommission überlassen, deren Vorsitzender Herr Urutia jetzt diese sonderbare Auslegung Tatsache werden ließ.

So sehr wir geneigt sind, im Interesse der polnisch-deutschen Verständigung auf Kompromisse einzugehen, so muß ein Nachgeben in dieser neuen Entscheidung auf das entschiedenste abgelehnt werden. Aus einem Ausnahmefall darf kein Gewohnheitsrecht werden, der Völkerbund muß sich in aller Klarheit aussprechen, wie er zum Artikel 131 der Genfer Konvention steht, denn es ist sein Werk, welches er sanktioniert hat und dieses garantierte Elternrecht darf keiner willkürlichen Auslegung unterzogen werden. War das Nachgeben im Frühjahr von politischen Gesichtspunkten geleitet, so müssen jetzt alle politischen Momente ausgeschaltet werden und das klar umschriebene Recht, wie es in der Genfer Konvention festgelegt ist, sprechen. Das polnischerseits die Bemühungen auf Abänderung des Artikels 131 hinzielen, ist uns bekannt und neuerdings ist auch einem deutschen Journalisten im Warschauer Innenministerium erklärt worden, daß Polen das Genfer Kompromiß so auslegt, daß die Nachprüfungen zu einer ständigen Einrichtung werden. Gegen eine solche Art der Interpretation des Genfer Kompromisses hilft nur die Anrufung des Völkerbundes, der sich auf seiner Dezembertagung zu dieser Frage aussprechen muß und zwar nicht wieder durch Kompromisse, sondern durch eine rechtliche Entscheidung ohne irgend welche politische Momente.

Wir haben geglaubt, daß Polen von dieser neuen Interpretation mit Rücksicht auf die mit Hochdruck betriebenen deutsch-polnischen Verhandlungen, keinen Gebrauch machen wird, um keine Störung in diesen Verhandlungen eintreten zu lassen. Daß die sonderbare Auslegung des Herrn Urutia des Genfer Kompromisses nicht ohne Nachwirkungen auf die deutsch-polnischen Beziehungen sein wird, ist sicher anzunehmen, wenn auch eine Verschärfung der Gegensätze vermieden werden kann. Der Hinweis in der Auslegung, daß durch die neue Interpretation die Prüfung nicht zur ständigen Einrichtung wird, kann uns nicht befriedigen, wir müssen auf die klaren Bestimmungen des Artikels 131 der Genfer Konvention hinweisen, und auch an diesem Artikel 131 im Interesse der deutschen Minderheit festhalten. Der Deutsche Volksbund kann nichts mehr, als den Völkerbund erneut anrufen. Sache der deutschen Regierung wird es nun sein, ihrer These, daß es sich bei der Frühjahrsentscheidung nur um einen Ausnahmefall handelt, zum Recht zu verhelfen. —U.

Auf der Suche nach einer polnisch-litauischen Verständigung

Die Behandlung der litauischen Beschwerde

Genf. Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Droummond, begibt sich, wie vor jeder Ratstagung üblich, nach London und Paris, um mit den maßgebenden Stellen die notwendigen Vorverhandlungen über die auf der Dezembertagung des Rates zur Sprache gelangenden Fragen zu führen. Das Arbeitsprogramm des Rates ist im Dezember sehr umfangreich, so daß allgemein mit einer längeren Dauer der Ratstagung über die übliche einwöchige Frist hinaus gerechnet wird. Im Mittelpunkt dürfte diesmal der litauisch-polnische Konflikt stehen, der auf Antrag der litauischen Regierung auf die Tagesordnung der Ratssitzung gesetzt worden ist. Nach Meldungen der englischen Presse sollen gegenwärtig zwischen den hauptsächlich interessierten Mächten Verhandlungen stattfinden, und zwar soll die Absicht bestehen, ein Dreier-Komitee aus Deutschland und Frankreich unter dem Vorsitz von Holland zu bilden, dem die Untersuchung der ganzen Angelegenheit übertragen werden soll, wobei man rechnet, daß die Untersuchung mehrere Monate in Anspruch nehmen würde. Die englische Presse erklärt jedoch, daß möglicherweise diese Absicht fallen gelassen würde, im Hinblick auf die Verhandlungen Deutschlands mit Litauen über die Memelfrage und andererseits mit Rücksicht auf die engen Beziehungen zwischen Frankreich und Polen, so daß es wünschenswert erscheine, ein möglichst neutrales Komitee einzusetzen.

In Genf liegen vorläufig noch keinerlei nähere Angaben über derartige Pläne vor, die zweifellos vom deutschen Standpunkt aus sorgfältigste Aufmerksamkeit verdienen. Es würde zum erstenmal die Liquidierung eines internationalen Streitfalles gemeinsam Deutschland und Frankreich übertragen werden. Zunächst muß jedenfalls im Falle einer Durchführung dieser Absicht genau geprüft werden, ob eine Teilnahme Deutschlands in einem solchen schiedsrichterlichen Komitee tatsächlich im deutschen Interesse liegt.

Der rumänisch-ungarische Streitfall

London. In der Oberhaussitzung wurde von Lord Newton an die Regierung die Frage gestellt, ob es richtig sei, daß die rumänische Regierung offiziell erklärt habe, sie habe die Entscheidung des durch den Friedensvertrag von Trianon eingesetzten gemischten Schiedsgerichtshofes zur Regelung des rumänisch-ungarischen Streitfalles abgelehnt. Diese Angelegenheit sei von außerordentlicher Bedeutung, die noch dadurch erhöht werde, daß mit der Forderung auf Erfüllung der Bestimmungen des Friedensvertrages gleichzeitig eine Agitation eingesetzt habe, die auf die Revision des Friedensvertrages hinausgehe. Lord Cushendun (früher Mac Neill) gab dem Bedauern der Regierung darüber Ausdruck, daß Lord Newton diese Frage angeschnitten habe. Lord Cecil habe im Namen der Regierung eine ähnliche Frage bereits im Mai dahin beantwortet, daß die ganze Angelegenheit nur die beiden beteiligten Länder angehe. Bei Behandlung der Frage vor dem Völkerbundsrat habe der Außenminister als Berichterstatter gewirkt. Inzwischen sei keine Veränderung eingetreten. Der Bericht der Völkerbundskommission werde im nächsten Monat im Völkerbundsrat unterbreitet werden und es bestehe die Hoffnung, daß dann eine Lösung erzielt werde. Für die Regierung sei es unter diesen Umständen unmöglich, auf Einzelheiten des ganzen Problems einzugehen. Lord Buckmaster setzte sich sehr entschieden für Ungarn ein und erklärte, Ungarn sei durch den Friedensvertrag wie von einem Geier zerpflückt und in einem Zustand völliger Impotenz gelassen worden, umringt von alten und unerbittlichen Feinden. Lord Carson richtete an die Regierung einen Appell, sich dafür einzusetzen, daß die Friedensverträge in gerechter Weise ausgelegt würden. Lord Balfour erwiderte, daß diese außerordentlich schwierige Frage in wenigen Wochen von einem maßgebenden Tribunal eingehend untersucht würde. Die Regierung sei nicht in der Lage, im Augenblick weitere Informationen zu geben.

Der Fall Manoilescu vor der Kammer

Bukarest. In der Kammersitzung interpellierte Namens der nationalen Bauernpartei der Vizepräsident Junian den Ministerpräsidenten und den Innenminister über die Manoilescu-Affäre. Junian stellte fest, daß die Regierung der ganzen Sache eine weit größere Bedeutung gegeben habe, als ihr diese in Wirklichkeit zukomme. Nachdem aber die Regierung ihr Ziel nicht erreicht habe, habe sie durch ein Kommuniquee das Urteil des Kriegsgerichtes einer merkwürdigen Zensur unterwerfen lassen. Dagegen müsse auf das schärfste protestiert werden. Die Regierung äußerte sich, daß sie die Opposition nicht dulde und man sollte wissen, daß sie mit den äußersten Kampfmitteln gegen diejenigen vorgehen werde, die das Land beunruhigen wollten. Junian erklärte unter großem Beifall der Opposition, daß die letzten Mittel recht seien, um ihr Ziel zu erreichen und das Land endlich in gleichmäßige Bahnen zu leiten.

Regierungskrise in Irland?

London. Die Regierung des irischen Freistaates wurde Mittwoch im Landtag bei der Abstimmung über einen Antrag auf Einsetzung einer Kommission, die die Ansprüche der Kriegsteilnehmer prüfen sollte, mit 64 gegen 66 Stimmen geschlagen. Präsident Cosgrav kündigte an, daß die Regierung in der gleichen Frage am Donnerstag oder Freitag die Vertrauensfrage stellen werde.

Die französischen Sozialisten fordern von Moskau allgemeine Amnestie

Paris. Der ständige Verwaltungsrat der französischen sozialistischen Partei hielt gestern unter dem Vorsitz des Abg. Lebas eine Sitzung ab, in der er sich mit denjenigen Sozialisten beschäftigte, die die Einladung der Moskauer Regierung annahmen, an den Feierlichkeiten zum 10jährigen Bestehen der russischen Sowjetrepublik teilzunehmen. Die Kommission stelle fest, daß die Mitglieder der Partei wohl an Kundgebungen sich beteiligen können, die von Gruppen die den Leiengesetzen huldigen veranstaltet werden, aber nicht an einer Aktion von Parteien, deren Politik von der Politik der Sozialisten verschieden ist. Mit Stimmeneinheit wurde, sodann das Schreiben des Sekretärs der belgischen Sozialisten von Roosbröck gutgeheißen, das von der Sowjetregierung verlangt, die von ihm versprochenen Amnestie anläßlich des 10jährigen Bestehens der Sowjetrepublik auf alle Sozialisten Rußlands und überhaupt auf alle politischen Häftlinge auszudehnen.

Schwere Zusammenstöße zwischen Ukrainern u. polnischer Polizei

Warschau. In Maniawa bei Stanislau kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen der dortigen ukrainischen Bevölkerung und der Polizei. Dabei wurde das Gebäude der Polizeiwache in Brand gesteckt. Die Beamten konnten sich nur mit Mühe retten und mußten nach einem sieben Kilometer entfernten Nachbarorte flüchten. Erst einem aus Stanislau herbeigerufenen starken Polizeiaufgebot gelang es, die Ordnung wieder herzustellen. Das Polizeigebäude und das Pfarrhaus in Maniawa brannten vollständig nieder. Einige an den Zwischenfällen beteiligte Personen konnten verhaftet werden.

Der Bischof von Minsk unter Spionageverdacht

Warschau. Wie aus Minsk berichtet wird, ist der dortige katholische Bischof Sloskau einem raffiniertem Manöver der G. P. U. zum Opfer gefallen und verhaftet worden. Am Mittwoch Abend kamen zwei junge Leute zu dem Bischof, die sich als Polen ausgaben und um Nachtquartier baten. Nachdem der Bischof diese aufgenommen hatte, erschienen in der Nacht Agenten der G. P. U., die eine Haussuchung vornahmen und bei den jungen Leuten kompromittierende Papiere vorfanden, die der Spionage zugunsten Polens dienen sollten. Die beiden jungen Leute waren in Wirklichkeit verkleidete Agenten der G. P. U. Der Bischof wurde verhaftet und in das Gefängnis nach Minsk überführt. Er soll wegen Begünstigung der Spionage für Polen angeklagt werden. Es droht ihm die Todesstrafe.

Die Mission des Dr. Fu-Mandschu

Roman von Sax Rohmer.

27)

Dann aber fiel lindernder Regen, drang wohltätig durch meine Haut und löschte die innere Glut. Keuchend, doch frei von Schmerzen, lag ich in apathischer Ermattung.

Als mir die Kräfte mählich zurückkehrten, versuchte ich mich zu erheben; aber der Teppich meiner Lagerstatt schien so sonderbar weich, daß ich keinen Stützpunkt fand; ich watete und plätscherte wie ein Schwimmer, der Wasser tritt. Von allen Seiten lastete dumpfe Finsternis. Ich fragte mich, weshalb ich die Fenster nicht sehen könne — hielt mich in einem fürchterlichen Augenblick des Erschreckens für erblindet. Endlich gelang es mir, mich mühsam emporzuraffen. Taumelnd wie ein Betrunkener schwankte ich auf unsicheren Beinen. Ich verspürte einen schweren Duft und wußte, daß es eine Art Weihrauch war.

Dann erglomm in schier unermeßlicher Entfernung ein schwaches Licht — nahm langsam zu und verbreitete sich als bläulichroter Schein durch den Raum.

Aber es war nicht mein Zimmer und auch nicht irgendein anderes Zimmer, das ich kannte. Es war ein Gemach, dessen ungeheure Dimensionen mich mit einem Gefühl der Bewunderung erfüllten. Tapeten, von goldenen Drachen durchwebt, bedeckten die vier Wände. Eine Tür war nicht sichtbar. Bis zu den Knien versank ich in den gleichfalls drachengeschmückten Teppichen. An der anderen Seite des Riesenraumes stand ein großer Tisch mit Drachenbeinen. Auf ihm befanden sich Kugeln und Behälter mit lebenden Organismen, Bücher gewaltigen Umfangs mit Einbänden, wie ich sie mir nie hätte vorstellen können, und Instrumente, der abendländischen Wissenschaft völlig unbekannt. An goldenen Ketten hing eine Ampel von der Decke über den Tisch herab.

Hinter diesem Tisch saß auf hohem, mit Kissen überladenem Sessel ein Mann. Das Licht der schwebenden Lampe fiel voll auf die eine Seite seines Antlitzes, wenn er sich auf die sonderbaren Gegenstände vor ihm herabbeugte. Die andere Gesichtshälfte blieb in purpurnem Schatten verborgen. Aus einer Kupferschale brodelte Rauch empor und verdunkelte dann und wann die abstoßenden Züge des Mannes. Von diesem Augenblick sah ich nichts anderes mehr: Denn es war Doktor Fu-Mandschu!

Wieder umfingen mich betäubende Visionen voll bedrückender Phantastik, worauf abermals mein Bewußtsein sich zu klären schien. Aber es war ein trügerisches Bewußtsein, da es mir das Gefühl einflößte, als liege mein Kopf auf einem weißen Kissen und eine weiche Frauenhand streichle meine Fieberstirn. Nebelhaft, wie aus ferner Vergangenheit, entsann ich mich eines Kusses — und die Erinnerung daran ließ mich seltsam erschauern.

Eine Stimme drang an mein Ohr: „Sie töten ihn! Oh, begreifen sie es nicht?“

In meinem Betäubungszustand hielt ich mich für gestorben und vermeinte, die melodische Mädchenstimme teile mir die Tatsache meines eigenen Todes mit. Aber dieser Gedanke löste keinerlei Interesse in mir aus.

Stunden und Stunden, so dachte ich, liebkoste mich die beruhigende Hand — bis ein Laut erklang, wie das Abfallen klirrender Ketten. Als ich die bleischweren Lider hob, glaubte ich eine in dünne Seide gekleidete Frauengestalt zu erblicken, deren Arme und Fußknöchel mit goldenen Spangen geschmückt waren. Das junge Weib verschwand in der gleichen Sekunde, da ich mir sagte, daß sie eine Huri sei und ich, obgleich Christ, durch einen Irrtum im Paradiese Mohammeds angelangt war.

Dann — ein völliges Nichts.

— — — — — — — — — — — —

Meine Stirnadern pochten ungestüm; mein Hirn schien zu einem harten Klumpen geworden. Und obwohl meine erste schwache Bewegung das Rasseln einer Kette zur Folge hatte, währte es noch etliche Minuten, ehe ich erfaßte, daß die Kette sich an einem Stahlreifen und dieser sich an meinem Hals befand.

Ich stöhnte wirr. „Smith!“ flüsterte ich. „Wo bist du, Smith?“

Ich stemmte mich ächzend auf die Knie. Der Schmerz unter meiner Schädeldecke steigerte sich zur Unerträglichkeit.

Dumpf und vag kehrte mir das Erinnern zurück: Wie Nayland Smith und ich uns ins Hotel begeben hatten, um Graham Guthrie zu warnen; wie wir beim Einbiegen in die Essex Street ein großes Auto vorm Eingang eines Bürogebäudes erblickten. Ich konnte mich entsinnen, daß wir in nächste Nähe dieses Wagens kamen, einer modernen Limousine. Dann schnelle Schritte — ein Schlag — die Alpdruckvisionen der Drachenhalle und nun dieses Erwachen in einer noch weit entsetzlicheren Wirklichkeit.

Meine im Finstern tastenden Hände berührten einen Körper dicht neben mir. Meine Finger suchten und fanden die Kehle des Leidgenossen, suchten und fanden auch dort einen stählernen Reifen.

„Smith!“ stöhnte ich und schüttelte den reglosen Körper. „Smith! Alter Freund, so sprich doch! Smith!“

Konnte es möglich sein, daß er tot war? War dies das Ende seines unerschrockenen Kampfes gegen Fu-Mandschus Mörderbande? Aber nein: Ich spürte, wie der Körper sich unter meinen zitternden Griffen bewegte.

Smith begann unzusammenhängende Worte zu lallen: „Mit Sandsack betäubt... Vorsicht, Petrie!... Er hat mich endlich!... Oh, Himmel!“ Er richtete sich stöhnend auf und ergriff meine Hand.

„Schon gut, mein Junge!“ tröstete ich. „Wir leben beide noch. Dafür können wir dankbar sein!“

Eine kurze Stille, gefolgt von einem Aechzen: „Petrie, ich habe dich in diese Lage mitgeschleppt. Gott möge mir verzeihen...“

„Halt' den Mund, Smith!“ tadelte ich. „Ich bin doch kein Kind. Von Mitschleppen kann gar keine Rede sein. Ich bin hier, und wenn ich dadurch etwas helfen kann, würde es mich freuen!“

Er preßte meine Hand. „Es waren zwei wie Europäer gekleidete Chinesen — in der Tür des Geschäftshauses. Sie haben uns niedergeschlagen, Petrie — denke dir — am hellichten Tage! Wir wurden in das Auto geworfen, und alles war vorbei, ehe...“ Seine Stimme erstarb. „Himmel, der Hieb, den ich erhielt, war fürchterlich!“

„Warum aber hat man uns geschont, Smith? Glaubst du, daß er es tat, um...“

„O, nein, Petrie! Wenn du in China gewesen wärst und gesehen hättest, was ich dort sah...“

Schritte nahten. Ein Lichtstreifen kroch über den Boden auf uns zu. Jetzt begriff ich die feuchte, erdige Atmosphäre: Wir befanden uns in einem muffigen Kellergewölbe.

Eine Tür wurde aufgestoßen; ein Mann mit einer Laterne trat ein. Ihr Licht beschien ein langes gelbes Gewand und das boshafte, intelligente Gesicht Dr. Fu-Mandschus!

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Es wächst der Schnee

Dem Armen hilft kein Beten, daß die Luft warm bleiben solle, sie wird immer kälter, höchstens, daß ihm ein mitleidiger oder einsichtsvoller Mensch eine überflüssige Hose schenkt, wenn durch die Hose, die der Arme trägt, schon gar zu sehr der kalte Wind pfeift. Der Winter ist eine unabwenbare Tatsache geworden, mit der der Weltbürger zu rechnen hat, und auf die er sich auch einrichtet. Es weiß jeder erwachsene Mensch, das im Winter das Leben deutlicher zu spüren ist, als im Sommer und das überträgt sich auch auf sein Aussehen. Eingemummt läuft er meist in gebeugter Haltung über die Straße, Verzicht leistend auf seine übliche ganze Würde, denn er fühlt sich meist unwohl in dem von Kälte zusammengezogenem Gesicht und der rotgeschwollenen Nase; meistens denkt er kummervoll nach. Er denkt an Vieles, etwas Lustiges kommt selten darin vor. Die Kälte gibt ihm auch wenig Zeit zur weitschweifigen Betrachtung. Kaum, daß er noch seine Bekannten sieht, die er dann notdürftig grüßt. Es ist eben in der Natur etwas anders geworden.

Das freundliche Wetter überwiegt kaum die vielen ewig grauen Tage, wenn es regnet und pantschig schneit. Von den blätterleeren Zweigen und Baumwipfeln fällt der Schnee alle unberechenbare Augenblicke auf das Haupt eines Schreitenden und macht damit seinen Aerger noch größer. In die Schuhe hinein dringt die Nässe und vergrault die Zukunft mit einem ewigen Schnupfen und einem unsterblichen Husten. Man verkriecht sich vor diesem häßlichen Grau der Straße in den wärmsten Winkel seiner Seele und zeigt nach außen eine ernste Wut gegen jedermann.

Unbefriedigt von zu wenig Schlaf, von der morgenlichen Dunkelheit, von dem langen Weg ins Geschäft, wünscht man sich. bald zu sterben, gibt alle seine Pläne zugunsten des Konkurrenten auf, hält die kampfgeübten Fäuste gelassen und zuinnerst verborgen in den Taschen, und gibt die Welt auf. Das ist am Morgen.

Am Abend ist es dann besser geworden; man hat sich an den grauen kalten Tag gewöhnt und zeigt bessere Haltung. Obwohl der Schnee in der Luft weiter wächst, denkt man kaum daran, fühlt sogar auf einmal das Wetter schön und geht flanieren. Die vielen Lampen der Geschäfte in der Stadt haben sich, jede für sich, eine schimmernde Glorie zugelegt. Das geht in einer bunten Reihe fort und sieht nach Peking aus. Man staunt über die verwandelte oberschlesische Industrie-Stadt, verliert sich selbst vollends aus den Augen und träumt ohne Angst und Bange. In der Luft wächst aber weiter leise der Schnee, immer dicker, immer härter, und behält sich für die kommenden Tage weitere neue Qualen für die Aermsten und Armen vor.

Der Kampf gegen die Minderheitsschule

Am gestrigen Donnerstag wurde gegen den früheren Redakteur der „Polska Zachodnia“ Dylong wegen Verbreitung falscher Gerüchte und Verleumdung des ehemaligen Bürgermeisters von Altberun, Kruppa vor Gericht verhandelt. In einem Artikel des genannten Blattes wurde der Privatkläger scharf angegriffen und demselben Deutschfreundlichkeit. Nachlässigkeit im Dienst, sowie Trunksucht vorgeworfen. Die Angriffe in der „Polska Zachodnia“ erfolgten aus dem Grunde, weil Kruppa während seiner Amtstätigkeit, Termine für die Neuanmeldung zur Minderheitsschule öffentlich ausrufen ließ. In dem Artikel wurde behauptet, daß der Kläger durch sein Vorgehen seine Deutschfreundlichkeit bekunden und zum Ausdruck bringen wollte und dadurch Anlaß zum öffentlichen Aergernis gab. Selbstverständlich konnte der verantwortliche Redakteur diese Behauptungen nicht aufrechterhalten. Die vernommenen Zeugen konnten über Kruppa nichts nachteiliges aussagen. Letzterer wiederum wies nach, daß er eine im Amtsblatt veröffentlichte Verfügung strikt befolgt habe, wonach die Einwohnerschaft durch öffentliches Ausrufen auf die Termine zwecks Vornahme der Anmeldungen für die Minderheitsschule aufmerksam gemacht werden mußte. Dieser Anordnung sei pflichtgemäß Folge geleistet worden, jedoch könne von einer Bevorzugung der Deutschen nicht die Rede sein. — Nach der gerichtlichen Beweisaufnahme wurde Redakteur Dylong wegen Verbreitung falscher Gerüchte und Verleumdung zu einer Geldstrafe von 100 Zloty verurteilt. Ueberdies hat eine Veröffentlichung des Urteils in der „Polska Zachodnia“ zu erfolgen.

Eine überstürzte Schmuggelfängerei

Zu welchen für den Bürger gefahrvollen Folgen eine überstürzte Schmuggelfängerei, wie sie durch das Einfuhrverbot von allerhand Auslandsware zur Hebung der Handelsbilanz geschaffen wurde, führen kann, bewies eine Strafverhandlung, die gestern vor der besonderen Fiskalstrafabteilung des Kattowitzer Bezirksgerichtes geführt wurde.

Der Arbeitsinvalide Johann **Wadas** aus Königshütte, der jetzt als kleiner Händler nur kärglich sich fortbringt, hatte ein silbernes Tafelgedeck, bestehend aus 20 Stück, darunter Eßlöffeln, Gabeln, Messern, Kompotlöffelchen, Tortschneider, u. dgl., das er im Jahre 1921 seiner Frau als Geburtstagsgeschenk gekauft hatte. Ein Freund und Nachbar ersuchte ihn eines Tages um ein Gelddarlehn und, da er im Augenblick den Betrag nicht hatte, gab er ihm das Tafelgedeck, damit er es in einem Versatzamt verpfände und den Leihbetrag für sich verwende. Der Mann ging aber nicht ins Pfandhaus, sondern versuchte in einem der Silberwarengeschäfte das Gedeck zu verkaufen, wobei er als verdächtig beanstandet wurde. Er wurde beschuldigt, die Ware aus Deutschland eingeführt zu haben, und da wies er auf seinen Freund, von dem er sie erhalten hatte. Nun wurde der Eigentümer, der besagte Johann Wadas, als der Schmuggler unter Anklage gestellt. In der gestrigen Verhandlung hatte er einen sehr schweren Stand, um seinen rechtmäßigen Besitz zu beweisen. Sowohl der Staatsanwalt, wie das Gericht konnte ihm keinen Glauben schenken, daß er als Invalide, der 60 Zloty Monatsrente bezieht und nur sehr schwer durch seine Händlergeschäfte sich fortbringen kann, sich ein Luxusgedeck anschaffen könne, das mehrere Hundert Zloty gekostet hat.

Den Nachweis zu führen durch Zeugen, die das Gedeck bei ihm gesehen hätten, konnte er auch nicht, da er das Gedeck als Hausschatz aufbewahrte und es niemals, auch nicht bei fremdem Besuch, gebrauchte. Nur ein einziger Mann erinnerte sich halbklar, daß der Angeklagte ihm etwas im Jahre 1921 vom Gedeck erzählt hatte, ohne aber über die Stückzahl genaue Angaben machen zu können

Das Gericht ließ schließlich doch die Verantwortung des Angeklagten als wahr gelten und sprach in frei. Aber drei Wochen in Untersuchungshaft ist er doch gesessen.

Die Forderungen der Kriegsinvaliden

Am vergangenen Sonntag tagte in Kattowitz eine Konferenz der Kriegsinvaliden, die nach einer heißen Debatte nachstehende Resolution zum Beschluß erhoben hat:

1. Bei der Verteilung der Kartoffeln für die Armen, bereiten die Kommunalbehörden den Kriegsinvaliden Schwierigkeiten, die behoben werden müssen.

2. Die Berufungskommission in Krakau prüft die Invaliden sehr oberflächlich und gibt ihre Gutachten in Abwesenheit des Invaliden, der dabei gewöhnlich der Geschädigte ist. Es wird verlangt, daß die Berufungskommission ihre Taktik ändern soll und dem Invaliden eine Protokollabschrift über das Ergebnis der Untersuchung ausgehändigt werden soll.

3. Im Jahre 1925 wurde die Invalidenrente nach dem Schweizer Franken festgesetzt. Seit dieser Zeit hat der polnische Zloty mehr als die Hälfte seines Wertes eingebüßt. Die Höhe der Rente blieb jedoch dieselbe. Wir verlangen, daß die Verdienstgrenze von 200 auf 400 Zloty festgesetzt wird, weil wir bei höheren Einnahmen auch die Steuer zahlen müssen und bei dem heutigen Rentenbezug Verluste erleiden.

4. Die Schwerbeschädigten verlangen die sofortige Auszahlung des Zuschlages für Schwerbeschädigte. welcher heute in den meisten Fällen überhaupt nicht ausgezahlt wird. Die Invaliden verlangen noch, daß bei der Berechnung dieses Zuschlages nicht die polnische Mark, sondern der Zloty zu Grunde gelegt wird.

5. Wir verlangen die Auszahlung des Qualifikationszuschlages.

6. Wir verlangen eine beschleunigte Erledigung der Rentenangelegenheit.

7. Wir verlangen, daß die künstlichen Gliedmaßen rasch und unentgeltlich zugestellt werden sollen.

8. Gelegentlich des Maßnehmens für künstliche Gliedmaßen verlangen wir die Bezahlung der Reise im Voraus.

9. Im Falle einer Verschlimmerung des Zustandes, verlangen wir ein kostenloses Heilverfahren.

10. Wir bitten den Wojewoden, er möge bei den maßgebenden Stellen veranlassen, daß die Kreditgewährung an die Invaliden nicht an solche schwere Bedingungen geknüpft wird, wie das gegenwärtig der Fall ist.

11. Wir bitten, daß die Erteilung der Konzession an die Invaliden beschleunigt wird.

Aus diesen Forderungen kann man die elende Lage der Kriegsinvaliden so richtig beurteilen.

Mißgriffe der Aufständischen

Die Heldentaten der Aufständischen in Gieraltowitz veranlaßten auch die „Polonia“, zu den Ausschreitungen, die bei uns leider auf der Tagesordnung sind, grundsätzlich Stellung zu nehmen. Das Blatt verurteilt ganz entschieden eine nationale „Propaganda“ mit Hilfe von Stöcken, Gummiknüppeln und Rippenbrechern und erklärt sie für nichtchristlich und vom moralischen Standpunkte aus für verwerflich. Die Gewaltmittel werden aus den Deutschen keine loyalen Bürger machen und die national nicht aufgeklärten Oberschlesier werden durch Gewaltmittel keine guten polnischen Patrioten. Die „Polonia“ weist darauf hin, daß die preußische Junkerregierung gegen die Polen Ausnahmegesetze empfahl, daß aber selbst im Deutschen Reiche Männer aufgetreten sind, die mutig gegen die Bedrückung der preußischen Polen kämpften.

Die deutsche Sozialdemokratie und selbst das Zentrum haben alle Ausnahmegesetze gegen die Polen verurteilt.

Diese Sprache der „Polonia“ scheint nicht ohne Wirkung geblieben zu sein. Die „Sanacja Moralna“ fängt bereits an, sich der Heldentaten der Aufständischen in Gieraltowitz zu schämen. Das geht aus dem langen Artikel „Der Pharisäer“ der „Polska Zachodnia“ vom 17. d. Mts. hervor. Allerdings zieht Herr **Rumun** in diesem Artikel gehörig gegen Korfanty vom Leder, was aber nicht hindert, daß die „Sprache ins Gewissen“ nicht ohne Wirkung blieb und die Sanacja Moralna die „Helden“ von Gieraltowitz am liebsten preisgeben möchte. In dem genannten Artikel der „Polska Zachodnia“ gibt das Blatt zu, daß in dem Verband der Aufständischen, die eine Massenorganisation ist, „Mißgriffe“ vorkommen, die unvermeidlich sind und die „Sanacja Moralna“ verurteilt überhaupt alle „Verirrungen gegen die Disziplin“.

Wenn unschuldige Leute blau geschlagen, mit unzähligen Löchern im Kopfe und gebrochenen Knochen bewußtlos liegen bleiben, so genügt es nicht, das als „Mißgriff“ oder eine „Verirrung gegen die Disziplin“ zu bezeichnen, weil das ein Verbrechen ist. Solange das Verbrechen nicht mit dem richtigen Namen genannt wird und als solches behandelt wird, haben wir trotz dieser „Verurteilung“ mit solchen „Mißgriffen“ weiter zu rechnen. Daran wird auch die strenge Bestrafung der einzelnen Aufständischen durch den Vorstand wegen disziplinwidrigem Vorgehen nicht viel ändern können. Selbst die höchstzulässige Strafe, der Ausschluß aus dem Verbande, von dem das Blatt spricht, wird hier auch nicht viel nützen, wenn das Verbrechen nicht allseits als Verbrechen gebrandmarkt wird. Das Industrievolk neigt zu drastischen Mitteln, was allbekannt sein dürfte. Aufgabe der leitenden Politiker und Führer ist es hier, erzieherisch und besänftigend einzuwirken und dem Volke **Ideale** beizubringen. Wie die Sanacja Moralna diese ihre Aufgabe auffaßt, kann man alltäglich aus ihrem Organ, der „Polska Zachodnia“, entnehmen. Alles, was mit der Sanacja Moralna nicht mitläuft, gleichgültig ob deutsch oder polnisch, wird in Bausch und Bogen verurteilt, als Verräter und Renegaten verschrien und selbst als Auswurf der Menschheit hingestellt. Die Folgen dieser Hetze sind dann die „Mißgriffe“ der Aufständischen, die, wie neulich in Gieraltowitz „disziplinwidrig“ ihre Mitmenschen kurz und klein schlugen und lassen sie mit gebrochenen Knochen und Löchern im Kopfe bewußtlos liegen. Wenn das nur dabei bliebe und keine schlimmeren Folgen hätte, aber wir leben hart an der Grenze, hinter welcher ein polnischer „Volksbund“ besteht, der drüben auch Versammlungen und Veranstaltungen abhält. Sollten hüben und drüben solche „Mißgriffe“ vorkommen, so ist es klar, daß die „Mißgriffe“ an Ausdehnung gewinnen werden und der Streit zwischen zwei großen Nationen ist unvermeidlich. Was dann kommt, läßt sich ja denken und das soll und muß unter allen Umständen vermieden werden.

Die Suche nach dem Preßtabak

Bereits im Oktober wurde angekündigt, daß ab 1. November der Preßtabak wieder eingeführt wird. Vor der Monopoleinführung hat bekanntlich jeder oberschlesische Arbeiter keinen anderen Pfeifentabak gekannt, als den amerikanischen Preßtabak „Kentucky“. Er hätte verzichtet. Nach der Uebernahme wurde das Tabakmonopol eingeführt und die Oberschlesier mußten auf vieles verzichten, u. a. auch auf den Preßtabak. Man bot dem Pfeifenraucher ein anderes Kraut an und da der „Kentucky“ nirgends zu haben war, so hat sich unser Kumpel schweren Herzens entschlossen, den Monopolpfeifentabak in seine Pfeife zu stopfen. Doch hat es Jahre gedauert, bis der oberschlesische Kumpel aufgehört hat zu schimpfen. Nun hieß es plötzlich, daß ab 1. November der Preßtabak „Kentucky“ in den Tabakverkaufsstellen zum Verkauf angeboten wird. Diese Ankündigung hat bei den Pfeifenrauchern eine freudige Erregung hervorgerufen. Genau am Ersten, liefen sie von einem Tabakladen zum anderen, aber nirgends war Preßtabak zu bekommen. Man tröstete sich damit, daß wahrscheinlich gleich nach dem Ersten der Preßtabak in die Verkaufsläden gelangen wird. Viele Pfeifenraucher haben sich nach der Löhnung mit dem Monopoltabak gar nicht eingedeckt und warteten auf „Kentucky“. Es verstrich ein Tag nach dem andern, aber „Kentucky“ kam nicht. Nun sind bereits mehr als 14 Tage nach dem Ersten, aber er ist nirgends zu bekommen und aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte es noch ziemlich dauern, ehe der Kumpel seinen Freund „Kentucky“ in Polnisch-Oberschlesien auf legalem Wege begrüßen können wird.

Telegraphische Geldanweisungen nach dem Auslande

Handelskreise haben sich an das Ministerium für Industrie und Handel wegen Zulassung telegraphischer Geldanweisungen nach dem Auslande gewandt. Diese Art von Ueberweisungen hat bereits früher bestanden und ist nur infolge des Erlasses der Devisenverordnung auf das Staatsgebiet eingeschränkt worden.

Betriebsrätekongreß der Eisen- u. Metallhütten

Die Tarifgemeinschaft hat beschlossen, einen Betriebsrätekongreß der Eisen- und Metallhütten am 23. d. Mts. 10 Uhr vormittags, im Saale des Volkshauses in Krol. Huta einzuberufen. Auf der Tagesordnung ist:

1. Der Achtstundentag.
2. Allgemeine Aussprache und Beschlußfassung.

Zu dem Thema sprechen als Referenten Kollege Kubik und Abgeordneter Buchwald. Die Betriebräte der Eisen- und Metallhütten werden verpflichtet, ihre Mitgliedsbücher der Organisation beim Eingang zum Kongreß nebst Betriebsratsausweis vorzulegen. Betriebsräte, die nicht der Organisation, der Tarifgemeinschaft angehören, haben keinen Zutritt.

Die Tarifgemeinschaft.

Kattowitz und Umgebung

Verhaftung eines Zeugen wegen Meineides.

7500 Zloty Geldstrafe und Warenkonfiskation wegen Schmuggel.

Vor der Zoll-Strafkammer in Kattowitz wurde in einer Zollhinterziehungsaffäre verhandelt, welche einen außergewöhnlichen Ausgang nahm und mit der sofortigen Verhaftung eines Geschäftsfreundes des Angeklagten. Kaufmann Isaak Dafner aus Sosnowitz und zwar wegen Meineids endete. Dafner hatte über die Zollgrenze bei Schwarzwald durch zwei junge Leute insgesamt 48 Päckchen deutsche Stahlfedern unverzollt herüberschaffen und nach Kattowitz weiterleiten lassen. Beim Abholen der Schmuggelware wurde Kaufmann Dafner festgenommen und die Stahlfedern konfisziert. Bei der ersten Verhandlung erklärte der Angeklagte, daß es sich um deutsche Schreibfedern handelte, welche im Jahre 1921 von ihm erstanden und im Jahre 1926 an den Geschäftsfreund Wolff Arbermann aus Sosnowitz verkauft wurden. Zeuge Arbermann, welcher zu der erneuten Verhandlung auf Antrag des Angeklagten Dafner geladen wurde, bestätigte die Aussagen des letzteren und führte weiter aus, daß er die abgekauften Stahlfedern in Georgenberg absetzen wollte, die Ware jedoch durch zwei Leute zurückschaffen ließ, da er dieselbe nicht an dem betreffenden Tage verkaufen konnte.

Die Aussagen dieses Zeugen erschienen wenig glaubwürdig und das umsomehr, da ja der Angeklagte Dafner beim Abholen der Stahlfedern in Kattowitz gefaßt worden ist. Zur allgemeinen Ueberraschung konnte Zeuge Arbermann das Aussehen und die Größe der konfiszierten Päckchen nicht angeben, obgleich er erklärte, daß es sich um sein Eigentum handelte. Dieser Zeuge, welcher durch die Kreuz- und Querfragen des Gerichtsvorsitzenden in die Enge getrieben wurde, machte widersprechende Ausflüchte, so daß auf Antrag des Staatsanwalts die sofortige Festnahme wegen Meineidsverdachts erfolgte. — Der Angeklagte Isaak Dafner, welcher durch die weiteren Zeugenaussagen belastet wurde, erhielt wegen Uebertretung der Zollvorschriften eine Geldstrafe von 7500 Zloty. Die Konfiskation der Schmuggelware wird aufrechterhalten.

Börsenkurse vom 18. 11. 1927

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich =	8.92 zł
		frei =	8.93 zł
Berlin	100 zł	=	47.— Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.	=	213.— zł
	1 Dollar	=	8.92 zł
	100 zł	=	47.— Rmk.

Kammerkunstabend in Katowice. Wie bereits angekündigt, findet am Sonntag, den 20. November, abends ½8 Uhr, im Christlichen Hospiz ein „Bunter Kammerkunstabend" statt, der ein großes künstlerisches Ereignis zu werden verspricht. Ueber Hilde Elgers, die bekannte deutsche Geigerin, schreibt Professor, Generalmusikdirektor Prüwer, der Dirigent des Berliner Philharmonieorchesters wörtlich: Ich habe Hilde Elgers als große Künstlerin kennen gelernt. Bei ihr verschmilzt in seltenster Weise Persönlichkeit und Kunstwerk, sie ist bis in die Fingerspitzen musikalisch, hat ein fabelhaftes Temperament, eminente Technik, sie ist eine echte Künstlerin und eine Geigerin seltenster Art. Ebenso begeistert schreibt die ganze deutsche Presse über Irmela von Dulong, die gefeierte Berliner Schauspielerin, welche Goethe und Werfel rezitieren wird. Hartmut Wegener, der junge Pianist ist soeben von einer sehr erfolgreichen Konzertreise aus Finnland und Skandinavien zurückgekehrt und hat seinen Ruf als einer der besten unter den jungen deutschen Pianisten befestigt. Der Abend wird ein seltenes und sehr interessantes künstlerisches Ereignis für unsere Stadt werden, und es wird um recht zahlreiche Beteiligung gebeten. Karten im Vorverkauf an der Kasse des Deutschen Theaters, Rathausstraße.

Zeugen gesucht. Am 15. Juni, nachmittags 4 Uhr, ereignete sich auf der August-Schneiderstraße in Kattowitz ein Autounglück, bei dem ein Gymnasialschüler einen Ellenbogenbruch davontrug. Das in Frage kommende Auto führte die Nummer Sl. 2790. Zeugen des Vorfalles werden gebeten, ihre Adresse in der Redaktion des „Volkswille" anzugeben.

Wieviel Arbeitslose zählt der Landkreis Kattowitz. Der letzte Wochenbericht des Bezirks-Arbeitsnachweisamtes in Kattowitz weist einen Zugang von 270 und einen Abgang von 168 Erwerbslosen auf. Insgesamt wurden 8957 Arbeitslose, einschließlich Frauen am Wochenende geführt. Es entfielen auf Siemianowitz 1681, Neudorf 1173, Myslowitz 650, Bielschowitz 672, Chorzow 608, Rosdzin 386, Schoppinitz 384, Janow 523, Hohenlohehütte 236 und die kleineren Ortschaften 2644 Erwerbslose. Eine Unterstützung wurde rund 6000 arbeitslosen Personen gewährt.

Königshütte und Umgebung

Neues über die Lebensverlängerung.

Wenn schon verschiedene Aerzte, Fabriken und besonders tüchtige Propheten genügend Mittel und Weisheiten, die die Verlängerung des Lebens herbeiführen sollen, erfunden haben, so scheint sie die Fischhandlung Drescher in Königshütte alle geschlagen zu haben. Genanntes Geschäft inseriert seit mehreren Tagen im „Kurier": „Wollen Sie ihr Leben verlängern, dann essen Sie Fische". — Warten sie nicht bis es ihnen der Arzt verordnet, da es in vielen Fällen zu spät ist. Offeriere Hechte, Karpfen, Schleie. Wem läuft da nicht das Wasser im Munde zusammen. Ein feiner Vorschlag zur Lebensverlängerung. Aber warum verratet das Geschäft auch den Preis nicht. Unseres Wissens beträgt der Preis für ein Pfund genannter Fische 2,50—2,80 Zloty. Wir erlauben uns hier die Anfrage: Welcher Arbeiter oder Angestellte kann einen derart hohen Preis für ein Pfund Fische bezahlen? Die Antwort lautet: Niemand, folglich ist der Arbeiter verurteilt, früher zu sterben, weil er eben sich keinen Fisch kaufen kann. Vielfach reicht es nicht einmal für einen Hering, der an und für sich auch schon teuer genug ist. Also zunächst sorgen sie verehrte Firma für billige Fische und kleine Preise und dann wird auch ihr Geschäft blühen, denn es hat ein Jeder das Bedürfnis recht lange zu leben.

Deutsches Theater Königshütte. Heute, Freitag, um 8 Uhr abends, kommt die Operette „In der Johannisnacht" von Gilbert zur Aufführung. — Freitag, den 25. November, abends 8 Uhr: „Spiel im Schloß", Lustspiel von Molnar. — Montag, den 28. November, abends 8 Uhr: „Wiener Blut", Operette von Johann Strauß. — Vorverkauf an der Theaterkasse von 10 bis 1 Uhr und von 5,30 bis 6,30 Uhr. — Tel. 150.

Verlegung des Bezirkskommandos? Bekanntlich befindet sich das Bezirkskommando für die Stadt Königshütte und den Landkreis Schwientochlowitz in der Turnhalle des Männer-Turnvereins, an der ulica Piastowska (Parkstraße). Wie man hört, sind Bestrebungen im Gange, die dahin gehen, das Bezirkskommando nach dem Landratsamt in Schwientochlowitz zu verlegen. Infolge der großen Mehrheit der Interessenten in Königshütte muß versucht werden, das Bezirkskommando weiterhin hier zu behalten. Nach dem das neue Gebäude der Bank Polski an der ulica Szopena (Raczekstraße) in nächster Zeit bezogen werden soll, plant der Magistrat das bisherige Gebäude genannter Bank käuflich zu erwerben, um es dem Bezirkskommando zu überlassen. Durch diese Handhabung würde auch der Männerturnverein seine Turnhallen-Räumlichkeiten zurück erhalten. So lieblich auch dieser Schritt anzusehen ist, so muß man aber anderseits darnach trachten, daß die freiwerdenden Räume der Bank Polski für Wohnzwecke hergestellt werden. Unserer Ansicht ist das Freiwerden der Turnhallenräume nicht so dringend, wie Beschaffung von Wohnungen.

Wer will nach Frankreich? Das Arbeitslosenamt macht bekannt, daß am Montag, den 31. November, in der Zeit von 9—1 Uhr nachmittags, im Büro des Arbeitslosenamtes an der ulica Glowackiego 5 (Krugstraße) Arbeiter des Bergbaues ausgesucht werden. Wer darum Lust verspürt, nach Frankreich auszuwandern, der kann sich daselbst melden.

Ein neuer Droschkenstandplatz. Nach einer Anordnung der Königshütter Polizeidirektion, wurde gestern der bisherige Droschkenstandplatz an der ulica Dworcowa (Bahnhofstraße) auf den Platz am Bahnhof verlegt. Daselbst wurde auch den Autotaxametern ein Platz zugewiesen, ebenso am Ring, gegenüber dem Kaffee Klupsch und der Restauration von Willimski. Durch diese Belegung ist einem dringenden Bedürfnis Rechnung getragen worden, die in verschiedenen Mißständen bestanden und somit beseitigt wurden.

Die Luftverhältnisse von Kattowitz und Umgebung

Dr. Mroczinski, Sachverständiger der Chemie wurde vom Magistrat der Stadt Kattowitz beauftragt, ein Gutachten über die Luftverhältnisse der Stadt und Umgebung abzugeben, welches er in nachstehendem zusammensetzt:

Am 31. Januar d. Js., beauftragte mich der Magistrat, ein Gutachten über die Luft in den verschiedensten Stadtteilen abzugeben. Zu diesem Zwecke verständigte ich mich mit Herrn Direktor Sallmann, mit welchen ich einen Tag festsetzte, um gemeinsam örtliche Besichtigungen abzuhalten, die für die Anfangsarbeiten notwendig waren. Am 10 Februar d. Js. begannen wir mit den Besichtigungen auf dem Terrain, auf welchem nach dem vorhandenen Projekt das neue städtische Bad eingerichtet werden soll. Dann besichtigten wir das Nachbarterrain und zwar in der Richtung Ferdinandgrube, weiter Zawodzie in der Richtung Nickischschacht, Park Kosciuszki und Bismarckhütte, sowie das Terrain des projektierten Friedhofes in Ligota, das Fabrikgelände und die Gegend von Panewnik. Bei den Besichtigungen wurde festgestellt, daß die Verräucherung der Stadt überall ersichtlich ist. Selbstverständlich ist sie größer in der Nachbarschaft der industriellen Unternehmungen, sowie in den unteren Stadtteilen. In den oberen Stadtteilen ist die Verräucherung schwächer. Hier muß man aber in Betracht ziehen, daß die Verräucherung irgendwelcher Gelände nicht zusammenzubringen ist mit evtl. Schädlichkeit der Luft Denn die Schädlichkeit der Luft kann verschiedener Herkunft sein und die rußenden Säuren und festen Substanzen sind besser sichtlich, als die dem bloßen Auge sichtbaren (und doch schädlichen) Ausdünstungen der Säuren wie z. B. Schwefelsäure. Das sollte auch meine Aufgabe sein, chemisch festzustellen, welche Schädigungen hier in Frage kommen. Weiter wurde bei den Besichtigungen folgendes festgestellt:

Das Terrain für die projektierte Badeanstalt ist von der Nordwestseite eventuellen Einwirkungen der Schornsteingase der Ferdinandgrube, die 400 Meter entfernt ist, ausgesetzt. Südwestlich befinden sich die Baildon- und Marthahütte in einer Entfernung von 1 600 bezw. 900 Meter. Im Südosten haben wir die Zinkhütte und die Chem. Fabrik in Zawodzie in einer Entfernung von 1 600 bezw. 2 200 Meter und im Süden grenzen die Häuser der Stadt Katowice an das Terrain. Es zeigt sich die Notwendigkeit, den Einfluß der einzelnen Stellen zu untersuchen und zwar jede besonders und außerdem waren für Vergleichszwecke Untersuchungen der Luft am Plac Wolnosci, am Plac Miarki und in Panewnik notwendig. Was das Gelände des projektierten Friedhofes betrifft, so wurde folgendes festgestellt:

Das Gelände wäre ausgesetzt in nordwestlicher Richtung den Gasen der Säure- und Farbfabriken in Ligota und in südöstlicher Richtung den Gasen der industriellen Werke von Nickischschacht. Der Einfluß dieser Stellen müßte festgestellt werden. Für die chemische Untersuchung der Luft war es wichtig festzustellen, in welcher Richtung, d. h. gegen welches die Luft vermutlich schädigende Werk man sich richten muß. Hier wird folgendes angenommen: Giftige Ausdünstungen von konzentrierter Form können nicht in Betracht kommen, denn die obengenannten industriellen Werke sind nicht solcher Art, daß sie derartige Bestandteile an die Luft abgeben. Tatsache ist, daß Zinkausdünstungen von der Zinkhütte Zawodzie kommen, aber die Entfernung der Zinkhütte Zawodzie ist zu weit vom Terrain des projektierten Bades, ebenso wie vom Terrain des projektierten Friedhofes, als daß Zinkstaub abgegeben werden und schädlich wirken könnte Stattdessen müssen die allgemeinen Gasausdünstungen in Betracht gezogen werden und ganz besonders die schwefligen Gase und zwar umsomehr, als diese in der Katowicer Luft vorhanden sein müssen, wie aus der sehr deutlichen Zusammenstellung hervorgeht, die Herr Direktor Sallmann dem Magistrat im Februar d. Js. vorgelegt hat. In dieser Richtung sind ebenfalls chem. Untersuchungen geführt worden. Das eine Mal den allgemeinen Säuregehalt der Luft bezeichnend, das andere Mal von Neuem den Gehalt an schwefliger Säure in der untersuchten Luft feststellend. Die Untersuchungen fanden statt in den Monaten März, April und Mai. Es muß bemerkt werden, daß zeitigere Untersuchungen zwecklos wären wegen technischer Schwierigkeiten, die sich in dieser Jahreszeit ergeben.

Das Terrain für die projektierte Badeanstalt liegt an der verlängerten ul. Bankowa, von der Stadtseite aus neigt sich das Gelände und steigt in Richtung der Ferdinandgrube an. An der Südseite grenzt es an die Häuser der Stadt. Das Terrain ist an der Rawa gelegen, die in der Richtung von Westen nach Osten fließt. Blickt man in die Länge des Tales, sei es in der Richtung der Baildonhütte oder in der Richtung nach Szopienice, so kann man die Verräucherung des Geländes genau beobachten. Sie tritt hier mehr hervor, weil auf freier Strecke die Rauchschwaden immer besser sichtbar sind als zwischen den Gebäuden, trotzdem sie auch dort in derselben Stärke vorhanden sein können. Das muß man in Betracht ziehen, besieht man sich dieses Gelände und vergleicht es mit anderen Stadtteilen, die verbaut sind, z. B. den Plac Wolnosci. Das Terrain des projektierten Friedhofes Ligota liegt außerhalb der Stadt unweit der Eisenbahnstation Katowice-Ligota in nordwestlicher Richtung von der Station. In seiner weiteren Nachbarschaft haben die chem. Fabrik in Ligota, sowie an der anderen Seite die industriellen Werke in Nickischschacht.

Die Untersuchung der Luft, diese Glände betreffend, wurden im April und Mai und teilweise im März ausgeführt. Gleichzeitig wurden an verschiedenen Stellen Untersuchungen für die Gegenkontrolle ausgeführt.

Siemianowitz

Eine Einbrecherbande am Werk. Seit einigen Wochen werden der Polizei in Siemianowitz, aber auch in Eichenau und Myslowitz zahlreiche Wohnungseinbrüche gemeldet, bei denen es die Diebe hauptsächlich auf Geld abgesehen haben, ohne indes andere Sachen zu verschmähen. Da die Arbeitsmethoden der Einbrecher in sämtlichen zur Anzeige gekommenen Fällen dieselben sind, so muß angenommen werden, daß man es mit einer gut organisierten Bande zu tun hat.

Myslowitz

Die Ziegelei „Silesia". Die einzigste Ziegelei, die heute in Myslowitz im Betrieb ist, ist die Ziegelei „Silesia" in Städtisch-Janow. Sie beschäftigt außer dem Maschinenpersonal 7 Arbeiter und 6 Arbeiterinnen bei dem Wagenfüllen Vor dem Kriege wurden beim Wagenfüllen 13 Arbeiter und 20 Arbeiterinnen beschäftigt. Diese 13 Arbeiter und 20 Arbeiterinnen haben weniger geleistet, als heute die 7 Arbeiter und die 6 Arbeiterinnen. Vor dem Kriege wurden täglich 18 bis 20 Wagen gefüllt und gegenwärtig werden täglich 20 bis 22 Wagen gefüllt. Der Unterschied ist hier also augenfällig. Vor dem Kriege verdiente der Arbeiter 4 Mark täglich und das Mädchen 1 Mark täglich. Heute verdienen sie das in Zloty und noch weniger, weil die Mädchen nur 90 Groschen für den Tag bezahlt bekommen. Die Produktion müßte also nicht teurer, sondern wesentlich billiger sein als vor dem Kriege. Die Produktionskosten sind um 20 Prozent billiger und der Rohstoff ist auch nicht teurer geworden. Allerdings waren die Ziegeleien jahrelang außer Betrieb gewesen und die Ziegeleibesitzer möchten gerne die alten Verluste als auch die Amortisationsquellen für die vergangenen Jahre herausholen. Das läßt sich aber in einigen Monaten nicht machen. Der Gewinnentgang in den früheren Jahren wird bei einer regen Bautätigkeit langsam nachgeholt werden können. Das sollen die Ziegeleibesitzer erwägen weil sonst die hohen Ziegelpreise die Bautätigkeit ganz lähmen könnten.

Die neue Brücke dem Verkehr übergeben. Endlich sind die Arbeiter bei der neuen eisernen Brücke über die schwarze Przemsa von Myslowitz nach Modrzejow so weit gediehen, daß die Brücke dem Verkehr übergeben werden konnte Die alte hölzerne Brücke die wirklich sehr schadhaft ist, wurde gesperrt und soll auseinandergenommen werden.

Auf dem Postamt in Myslowitz gelang ein Betrüger in den Besitz eines größeren Barbetrages. Als ein Vertreter einer hiesigen Firma einen größeren Betrag einzahlen wollte, erschien ein Mann, der die Interessenten aufforderte, das Postamt zu verlassen, weil er es abschließen müsse. Tatsächlich verließen auch einige Personen das Postamt. Der Geldbote ersuchte den angeblichen Postbeamten, er möge ihm noch die Einzahlung des Geldes gestatten. Zwischen dem Gauner und dem Geldboten entwickelte sich ein Gespräch, woraufhin sich der Gauner verpflichtete, das Geld in dem Amtszimmer abzugeben und dem Boten die Quittung bringen zu wollen. Der leichtgläubige Firmenvertreter, der da meinte, einen Postbeamten vor sich zu haben, händigte dem Gauner die Geldtasche aus und wartete auf die Quittung. Der Betrüger ging in das Amtszimmer herein und kam auf der anderen Seite heraus und verschwand dann mit dem Gelde. Der naive Firmenvertreter wartet noch immer auf die Quittung.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Bismarckhütte. (Aus dem Bund für Arbeiterbildung.) Am 15. 11. sprach Genosse Kowoll im Bund für Arbeiterbildung über „Das politische Wollen des Proletariats" und äußerst klar und deutlich zeichnete er die Kämpfe Rußlands, die zu seiner heutigen Größe als Arbeiterstaat führten und trotz der Anfeindungen der einflußreichsten europäischen Staaten sich behauptet und so wir hoffen, sich noch weiter entwickeln wird. Italien mit seinem faschistischen Regime und Polen, das nicht weit davon steht, wurden treffend charakterisiert. Um einem Politiker, wie es Genosse Kowoll ist, folgen zu können, muß man schon einigermaßen gut in der Weltpolitik beschlagen sein und manches Mitglied, vor allem die anwesenden Frauen, werden von dem Hauptthema nicht viel profitiert haben. Dafür aber sprach der Referent umso „deutlicher" über die Vorgänge innerhalb der Wojewodschaft und manches treffende Bild des Ostoberschlesiers als Fortschrittler und Politiker wurde entrollt. Und schließlich endete Gen. Kowoll, daß das Fehlen des Achtstundentages, ohne dem eine geistige Höherhebung des Arbeiters nicht möglich ist, schuld daran ist, daß der Bildungseifer unter dem Proletariat so mangelhaft ist. Nach einer kurzen Diskussion schloß der 1. Vorsitzende um 10 Uhr den Vortragsabend. Nächster Vortrag Dienstag, den 22. 11. des Professors Rath über „Pan-Europa".

Pleß und Umgebung

Schweineseuche. In Nieder-Gottschalkowitz und Pawlowitz ist Schweineseuche festgestellt worden, weshalb beide Gemeinden einen Sperrbezirk bilden, aus dem die Ausfuhr nur mit besonderer Genehmigung der Polizeibehörde erlaubt ist.

Deutsch-Oberschlesien

Beuthen. (Ein tödlicher Autounfall als Folge überlanger Arbeitszeit?) Vor dem Großen Schöffengericht in Beuthen hatten sich am Dienstag der Milchhändler Konrad Korus aus Hindenburg und der Kraftwagenführer Max Vogt aus Zaborze wegen fahrlässiger Tötung und Korus außerdem noch wegen Vergehens gegen die Kraftfahrvorschriften zu verantworten. Am 16. September, morgens vor 5 Uhr, befanden sich die beiden Angeklagten mit einem Lieferauto unterwegs von Hindenburg nach Bobrek. Am Steuer saß der Angeschuldigte K., obwohl er keinen Führerschein besaß, während sein Chauffeur neben ihm Platz genommen hatte, und zwar geschah dies, weil der Angeklagte V. infolge überlanger Arbeitszeit so übermüdet war, daß er zum Lenken des Autos nicht mehr die nötige Energie besaß. Hatte er doch am Tage vorher volle 20 Stunden, von früh 3 bis abends um 11 Uhr im Dienst sein müssen und hatte am nächsten Morgen wieder um 3 Uhr an seiner Arbeitsstätte zu sein. Daß dieser Umstand geeignet war, ihm jede Kräfte zu nehmen, läßt sich denken. Weniger kann man es verstehen, daß K. seinen Chauffeur so lange arbeiten läßt, bis er zusammenbricht. Da K. in der Führung des Autos nicht genau Bescheid wußte, kam denn auch bald die Katastrophe. In einer Kurve verlor er die Herrschaft über den Wagen, der in einen des Weges gehenden Arbeiter namens Kuczora hineinfuhr, so daß dem Passanten die Räder über die Brust gingen. Der Bedauernswerte konnte erst nach vielen Mühen unter dem Auto hervorgezogen werden. Nicht lange darauf starb er. Die Schuld des K. vergrößert sich noch insofern, als er vor Passieren der Kurve nicht hupte, wie Augenzeugen des bedauerlichen Unfalls bekundeten. Das Gericht kam zu der Ansicht, daß bezüglich des Angeklagten K. Fahrlässigkeit vorliege. Ohne Führerschein dürfe eben nicht gefahren werden. Das Urteil gegen K. lautete auf eine Geldstrafe von 500 Mark wegen fahrlässiger Tötung und Vergehens gegen die Kraftwagenordnung. Der Angeklagte V. wurde indessen freigesprochen, da er in dem Abhängigkeitsverhältnis zu K. gehandelt hat.

Briefkasten

Lipine. F. W. „Die Unzufriedene" ist — Wien 5, rechte Wienzeile Nr. 97 zu bestellen.

Was ich in Wien sah

Der Sozialismus am Werk. — Flottenbau und Wohnungsbau.

Von Charles P. Trevelyan, London.

Der beste Ort, wo man heutzutage den Sozialismus am Werke sehen kann, ist Wien.

Das ist eine große Stadt mit hoher alter Kultur, mit stolzen Traditionen einer kaiserlichen Vergangenheit, mit moderner Industrie und massenerfüllten Proletariervierteln, die nun seit acht Jahren eine sozialdemokratische Verwaltung gehabt hat; und ihre sozialistischen Verwalter sind stärker nach jeder Wahl. Je mehr sie in der Lage sind, zu arbeiten, desto mehr Unterstützung finden sie bei der Bevölkerung.

Betrachten wir das Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen bei den drei Wahlen 1920, 1923 und 1927. Im Jahre 1920 erhielten die Sozialdemokraten in Wien 436 087 Stimmen 1923 waren es 571 464. 1927 waren es 693 893. Die anderen Parteien haben versucht, das Anwachsen dieser überwältigenden Macht zu parieren, indem sie sich zusammenschlossen, um die Sozialisten niederzuringen; sie mußten finden, daß es hoffnungslos ist. Die bürgerliche Koalition der Christlichsozialen und Großdeutschen erreichte 1927 nur 419 755 Stimmen gegenüber den 693 893 der Sozialisten.

Ein andres Merkmal der sozialistischen Vorherrschaft in Wien drängt sich der Beobachtung auf. Nichts von allem, was ich in Wien sah, hat mir einen so großen Eindruck gemacht wie eine Versammlung weiblicher Delegierter der sozialdemokratischen Partei. Ich habe niemals bei uns eine so gewaltige Schau der Frauenorganisation gesehen. Es war keine außergewöhnliche Gelegenheit und keine öffentliche Versammlung. (Gemeint ist die Delegiertenversammlung der Wiener Frauen gegen den neuen § 144 im Großen Konzerthaussaal. Red.) Um die Reden einiger hervorragender Mitglieder der Partei zu hören, waren Tausende von weiblichen Delegierten aus allen Teilen der Stadt gekommen. Die arbeitende Frau in Wien ist jetzt eine Politikerin. Und das zeigt sich bei der Wahl. 1927 haben in Wien 326 597 Männer und 367 296 Frauen sozialdemokratisch gestimmt; das ist um so bemerkenswerter, als in Oesterreich die stärkste konservative Kraft die katholische Kirche ist, von der man annimmt, daß sie die Frauen auch dort beherrscht, wo sich die Männer bereits freigemacht haben.

Tempel einer neuen Religion.

Die Tatsache ist, daß der Sozialismus als neue Religion erstanden ist; und in Wien sind die Tempel dieser neuen Religion die großen Volkswohnhäuser die in jedem Arbeiterbezirk der Stadt emporgewachsen: mächtig, hell, gesund, geräumig und stolz, die Menschen von der Verehrung, die bisher den schönen und herrlichen Palästen des alten Regimes gezollt worden war, hinweg zu neuer Gefolgschaft herausfordernd.

Es ist die Wohnpolitik der Wiener Sozialisten, die die Arbeiter in ihrer überwältigenden Mehrheit an die Seite der Sozialdemokratie geführt hat. Es ist diese Wohnungspolitik, die verdient, studiert und nachgeahmt zu werden. In Wien hat der Arbeiter ein Heim, kein bloßes Obdach; er hat eine helle Wohnung, in der er sich gern aufhält, nicht ein Elendsquartier, aus dem es ihn forttreibt.

Nach einer eingehenden Schilderung der Wohnungshausbauten heißt es weiter: Das nächste, was uns auffällt, ist das reine und gesunde Aussehen der Häuser. Alle Räume, mit Ausnahme der Küchen, haben guten Parkettboden. Die Fenster sind groß und lassen sich weit öffnen. Viele Häuser haben Balkone. Freude und Stolz auf ihre Häuser liegt auf den Gesichtern der Frauen, wenn sie dem Besucher ihr Heim zeigen. Ihnen sind Haus und Schönheit jetzt verwandte Begriffe. Sie suchen sorgfältig den Schmuck aus: da gibt es Blumen in den Fenstern in Hülle und Fülle. Vor einem großen neuen Haus in einem alten Elendsviertel Wiens habe ich hinaufgeschaut: fünf Balkone und dreiundfünfzig Fenster gingen auf die Straße und alle Balkone und vierundzwanzig Fenster waren bunt von Blumen.

Und jetzt kommt die grundlegende Kühnheit dieses prachtvollen sozialistischen Experiments. Die Arbeiter leben in diesen Wohnungen, die den Arbeitern im proletarischen Newcastle oder im Londoner Osten wie Paläste vorkämen — bei Mietzinsen von einem bis zu eindreiviertel englischen Schilling in der Woche. Unsere Arbeiter hausen in dem Schmutz der Elendsquartiere für den acht- oder zehnfachen Zins!

Panzerschiffe und Volkswohnhäuser.

Trevelyan beschreibt nun die Art der Kostendeckung durch die Wohnbausteuer und fährt fort: In großen Buchstaben steht an der Außenseite jedes der neuen Gemeindehäuser eine Inschrift, die weithin zu lesen ist und die der Welt die Politik der Sozialdemokraten verkündet: „Errichtet aus den Mitteln der Wohnbausteuer in den Jahren 1925/26.“ Wien hat zum Wohl der Bevölkerung die Grundsätze unseres Flottenmilitarismus übernommen. Wir bauen unsere Panzerschiffe auch nicht aus Anleihen. Wir erwarten von ihnen nicht, daß sie Erträge abwerfen. Wir verwenden auf sie die jährlichen Einkünfte, denn wir haben geglaubt, die Sicherheit unseres Landes beruhe auf ihnen. Das sozialistische Wien hat gelernt, daß die Sicherheit des Landes auf anständigen Wohnungen beruht. Deshalb verwendet es seine Einkünfte vor allem dazu, Wohnungen für die Menschen zu schaffen, keinen Ertrag in Geld erwartend, wohl wissend, daß die Gemeinschaft den Aufwand tausendfach zurückgezahlt erhält in längerem Leben, froheren Kindern, stolzeren Müttern, nüchternen Vätern und in gesellschaftlicher Zufriedenheit.

Welche Lehre gibt uns das Wiener Beispiel? Binnen wenigen Jahren wird die gesamte Wiener Arbeiterschaft zu billigem Zins in ordentlichen Wohnungen leben. Eine große industrielle Stadt wird, durch die direkte Anwendung sozialistischer Grundsätze, eines der größten Uebel des modernen kapitalistischen Daseins besiegt haben. In Wien war es klar, daß das Privatkapital die Elendswohnungen und die Ueberfüllung niemals beseitigen konnte und wollte: es hätte sich nicht rentiert. Häuser zu bauen. So wendete sich der Kapitalismus ab und ließ die Menschen in ihrem Schmutz. Der Sozialismus kam und schuf die Häuser unter Hintansetzung aller kapitalistischen Oekonomie und alles bourgeoisen Gejammers.

Der Wiener Arbeiter weiß, es geht.

Trevelyan untersucht nun die Möglichkeit, das Wiener Beispiel in England nachzuahmen. Er schließt:

Aber das, was uns am meisten fehlt, ist der Wille. Und da bin ich überzeugt, daß wir nichts brauchen, als einmal anzufangen. Der Wiener Arbeiter weiß, es geht. Er sieht es jeden Tag. Der Sozialismus hat Wort gehalten. Die stärkste Propaganda bei den letzten Wahlen war eine Reihe von Filmen, die einfach darstellten, wie die Sozialisten mit Kindern, mit Müttern, mit Elendshäusern, mit der Tuberkulose umgehen. Mehr als eine Million Menschen sah in den sozialistischen Filmen die Bilder der neuen Gesellschaft, die sie aus eigener Erfahrung überprüfen und bestätigen konnten.

Als ich so in Wien herumging, habe ich mir einen Zauberteppich gewünscht: in jede große englische Stradt möchte ich einen dieser großen Wiener Wohnbauten hintragen, damit die Bewohner der Elendsquartiere sie sehen. Wenn so ein Haus hingestellt werden könnte, daß unsere Arbeiter durchgehen und darüber erstaunen könnten, würden sie zu sich selber sagen: „Warum sollen nicht auch wir so reine, bequeme, helle, billige menschenwürdige Wohnungen haben? Es scheint, daß in Wien der Sozialismus wirklich verwirklichbar ist...“ Und die neuen Gemeindewahlen (der Artikel ist vor den Gemeindewahlen geschrieben, die der englischen Arbeiterpartei so große Erfolge brachten. Red.) würden in unseren großen Städten die neue Wohnbauära einleiten. Der Unglaube der kapitalistischen Eigensucht schmilzt dahin vor dem Beweis, daß ein Stück Sozialismus praktisch durchführbar ist.

(Sozialist. Review.)

Der Platz an der Sonne

Zum dreißigsten Jahrestag der Besetzung Kiautschous.

Von Hermann Wendel

Wilhelm II. von Kiautschou: Wo der deutsche Aar Besitz ergriffen und die Krallen in ein Land hineingesetzt hat, das ist deutsch und wird deutsch bleiben.
Das weltgeschichtliche Echo: Hahaha!

Am 14. November 1897, einem Sonntag, liefen die Kriegsschiffe „Kaiser“, „Prinzeß Wilhelm“ und „Cormoran“ in die nordchinesische Bucht von Kiautschou ein und landeten 700 Mann, die unter dem Kopfschütteln der einheimischen Behörden auf den öffentlichen Gebäuden der Stadt Tsingtau die deutsche Flagge hißten. Zugleich erschien an den Mauern ein Anschlag: „Ich, der Chef des Kreuzergeschwaders, Konteradmiral von Diedrichs, mache hiermit bekannt, daß ich auf Allerhöchsten Befehl Seiner Majestät des deutschen Kaisers die Kiautschou-Bucht und die vorliegenden Inseln besetzt habe.“ Am 6. März 1898 wurde das rund 500 Quadratkilometer umfassende Gebiet von China „pachtweise auf 99 Jahre“ an Deutschland abgetreten und am 27. April zum Schutzgebiet des Reiches erklärt.

Schon seit Mitte der neunziger Jahre wässerte den Schichten Deutschlands, die sich zu Trägern und Nutznießern einer kapitalistisch-imperialistischen Entwicklung berufen fühlten, der Mund nach einer ostasiatischen Flottenstation. Der Alldeutsche Verband schlug die dicke Pauke, und die Presse, bis hinüber zu der des Freisinns, blies die gleiche Schalmei. Auch die Marineabteilung war Feuer und Flamme für den Gedanken, aber am unbeherrschtesten gab sich ihm, wie der 1924 veröffentlichte Band 14 des großen Aktenwerks des Auswärtigen Amts dartut, Wilhelm II. hin. Mit Mühe konnte er durch seine verantwortlichen Ratgeber verhindert werden, bereits niedergeschriebene, folgenschwere Befehle hinauszuschmettern, wie 1895, den, „unverzüglich Weihaiwei zu besetzen“, oder 1896: „Amoy muß sofort besetzt werden“. Als aber Anfang November 1897 zwei deutsche Missionare bei Unruhen in Süd-Schantung ums Leben kamen, schäumte der Größenwahn des gekrönten Komödianten um so brausender über, als er in den neuen Staatssekretären des Auswärtigen Amts und des Reichsmarineamts, Bülow und Tirpitz, willfährige Helfer seiner kranken Launen hatte.

Da die verantwortungslosen Vorgänge hinter den Kulissen der Oeffentlichkeit verborgen blieben, weckte die Besetzung von Kiautschou weithin uferlose Begeisterung. Im Reichstag stand die Sozialdemokratie mit ihrer wohlbegründeten Ablehnung ganz allein; selbst stramme Nein-Sager wie die Liberalen Eugen Richter und Theodor Barth rollten ihre Oppositionsfähnchen zusammen; für das Zentrum war, wie Dr. Lieber kundgab, der Erwerb des Stückchens China „im wirtschaftlichen wie im politischen Interesse des deutschen Vaterlandes eine dankenswerte Tat“, und die Rechte verkündete durch den Mund Kardorffs: „Es ist wieder der alte Bismarcksche Geist, der durch diese Besitzergreifung geht. Es geschieht mal wieder etwas, es wird gehandelt.“ Derweilen knurrte Bismarck verbittert aus seiner Verbannung im Sachsenwalde, Kiautschou sei trotz seiner Kleinheit „groß genug, um allerhand Dummheiten zu machen“, und war fürwahr ein ahnungsvoller Engel. Während das entlegene chinesische Nest auf Reichskosten mit großartigen Hafen- und Elektrizitätsanlagen, mit prunkvollen Kranken- und Schlachthäusern bedacht wurde, die den Neid mancher deutschen Stadt herausfordern konnten, während für diese und ähnliche Zwecke insgesamt 150 Millionen Mark verbuttert wurden, blieben die erhofften Gewinne gänzlich aus. Mochten die Umsatzziffern des Schutzgebietes jährlich steigen, so verspürte doch Deutschland am wenigsten von dem Segen: 1913 führte es in sein chinesisches „Pachtgebiet“ für 2,5 Millionen Mark aus und importierte dorther für ganze 449 000 Mark, Summen, die neben den 22,5 Milliarden des deutschen Gesamthandels wirkten wie ein Tropfen neben dem Meer. Nix Profit!

Von Anfang an schätzten auch die wenigen Sachverständigen, die der falsche Glanz der wilhelminischen Aera nicht blendete, die militärische Rolle Kiautschous rein negativ ein, da es Japan in eine Gegnerschaft zu Deutschland hineinzwinge und im Ernstfalle dem Feind als wehrlose und willkommene Beute daliege. Da die deutschen Machthaber auch hier nicht hören wollten, mußten sie fühlen. Am 19. August 1914 überreichte der japanische Geschäftsträger in Berlin die ultimative Forderung, Kiautschou ohne Gegenleistung an seine Regierung abzutreten; am 27. August ließ das Zweite japanische Geschwader zum erstenmal vor Tsingtau seine Geschütze sprechen; am 7. Nov. ging die weiße Flagge über der Stadt hoch, und, 201 Offiziere und 3941 Mann in Gefangenschaft abführend, nahmen die Japaner mit triumphierendem Grinsen die schönen Gebäude in Besitz, in deren Mörtel das Geld der deutschen Steuerzahler klebte. Das Abenteuer war zu Ende.

Aber in seiner verhängnisvollen Bedeutung wuchs das Zwischenspiel Kiautschou weit über die Grenzen einer Episode hinaus. Als erster Raubtiersprung des neudeutschen Imperialismus war die Besetzung von Tsingtau eine jener Taten, die fortzeugend Böses gebären. Da sich Deutschlands Vorbild Rußland in Port Arthur und England in Weihaihei festsetzten und Frankreich „Korrekturen an der indochinesischen Grenze vornahm, leitete der 14. November 1897 den großen Raubzug der imperialistischen Mächte gegen die gelbe Rasse ein, dem als Gegenstoß die Boxerbewegung von 1900 und in unseren Tagen das revolutionäre Erwachen des chinesischen Nationalismus folgte. Die Besetzung Kiautschous riß aber auch einen ernstlichen Zwiespalt zu Rußland auf, das selbst Gelüste auf die Bucht von Tsingtau gehabt hatte, verschärfte nicht minder den Gegensatz zu England, da sie Ausgangspunkt der hitzigen Flottenrüstungen in England wurde, und lenkte durch die herausfordernde Kaiserrede von der „gepanzerten Faust“ das allgemeine Mißtrauen auf die anhebende Berliner Weltpolitik.

Wenn Bülows Schaumschlägerei glaubte, daß das wilhelminische Deutschland mit Kiautschou seinen „Platz an der Sonne“ errungen habe, so war es in Wahrheit mit diesem Streich auf die schiefe Ebene geraten, auf der es schneller und schneller abwärts rollte, um 1918 im Abgrund zu zerschellen.

Krankheit zur rechten Zeit

Wie Simulanten Geschwüre erzeugen. — Entlarvte Taubheit. Gestorbene Simulanten.

Das Simulieren von Krankheiten ist eine uralte Kunst. Schon David simulierte, um drohender Gefahr zu entgehen, und Odysseus verschmähte dieses Mittel ebenfalls nicht. Der berühmte römische Arzt Galenus verdankte seiner Geschicklichkeit im Entlarven von Simulanten nicht nur seinen Weltruf, sondern auch ein großes Vermögen. Es scheint, daß man damals sehr häufig simulierte, denn Kaiser Justinianus mußte sogar eigene Beamte anstellen, die nichts anderes zu tun hatten, als Simulanten zu entlarven. Damals gab es nämlich recht lästige und gar nicht einträgliche Staats-Ehrenämter, denen mancher sich durch Simulation zu entziehen suchte.

Die Mittel, deren man sich zum Simulieren bediente und noch heute bedient, sind außerordentlich mannigfach und oft geradezu grotesk. So z. B. erzeugen Simulanten künstliche Unterschenkelgeschwüre mittels Knoblauch, Meerrettich, Muskatnüsse, Schneerosenwurzeln, Karbolsäure, Aetzkalk, Soda, spanische Fliegen, Kolophonium, Terpentin, ja sogar durch — Weihrauch und Myrrhen (!), Laugenstein, Salmiakgeist, Salpeter-, Schwefel-, Essig- und Salzsäure. Die ganz Schlauen aber wissen, daß man überhaupt kein chemisch wirkendes Mittel anzuwenden braucht, um ein Geschwür zu bekommen. Es genügt, wenn man sich ein Blechplättchen (Münze und dergl.) für längere Zeit fest auf die Haut bindet. Um die Heilung offener Wunden zu verzögern, brachte man Zinkvitriol, Kupfervitriol, Alaun, Kreosot, Seife, Petroleum (!) darauf. Die Mittel werden den Simulanten von ihren Angehörigen und Freunden auf oft außerordentlich raffinierte Weise zugesteckt. Wir haben z. B. ausgehöhlte und außen verklebte Haselnüsse bei ihnen gefunden, in denen das Pulver zum Hervorrufen der gewünschten Krankheiten enthalten war. Nerven- und Geisteskrankheiten werden gern und oft simuliert.

Epilepsie ist geradezu eine Lieblings„krankheit“ der Simulanten. Manche Bettler nahmen, um „echte“ epileptische Krämpfe vorzutäuschen, unbemerkt ein Stückchen Seife zwischen die Lippen und produzieren so den „Schaum vor dem Munde“. Sehr populär ist die Simulation von Augenkrankheiten. Daß mit der Vortäuschung von Kurzsichtigkeit und Blindheit seit der Erfindung des Augenspiegels „kein Geschäft mehr zu machen“ ist, wissen die meisten schon. Dafür gibt es unter Umständen die „schönsten“ Bindehautentzündungen, wenn Kornblumen-, Senf-, Rizinussamen, Meerrettich- und Tabakblätterstückchen, gewisse Käfer und Raupen, die einen ätzenden Saft enthalten, aber auch Tollkirschen, zerkleinert, ins Auge gestäubt werden. Selbst Sublimatsoda, Aetzkalk und Zinkvitriol wurden gelöst und, ebenso wie Schwefel-, Salz- und Salpetersäure, ins Auge gespritzt, wo sie außerdem noch zur Bildung von Hornhautgeschwüren wenn nicht zur Zerstörung des ganzen Auges führten. Manche riefen Ohreneiterungen hervor, indem sie Arsenpaste, Kantharidenpflaster und verschiedene Säuren in den Gehörgang brachten. Simulierung von Schwerhörigkeit oder Taubheit ist besonders häufig, aber durchaus nicht immer von Erfolg begleitet, denn man kennt eine Menge raffinierter Untersuchungsmethoden, um solche Simulanten zu entlarven.

Manchmal genügt dazu schon ein bißchen angewandte Psychologie. Einem „Kranken“, der steif und fest erklärte, auf einem Ohr taub zu sein, fragte ein Ohrenarzt, nachdem das andere gesunde Ohr verbunden worden war, plötzlich mit der harmlosesten Miene von der Welt: „Und jetzt hören Sie also überhaupt gar nichts?“, worauf der Herr Simulant betrübt zum großen Gaudium der Anwesenden ahnungslos antwortete: „Nein, jetzt höre ich gar nichts!“ Er hat dann seine „Missetat“ reuevoll gestanden.

Von inneren Krankheiten ist Ruhr nicht selten simuliert worden. Die Leute nahmen alle möglichen Abführmittel ein, darunter natürlich mit Vorliebe die starken, wie Kalomel, Aloe, Coloquinten, Gummigutt, aber auch andere Chemikalien, wie Kaliumbichromat, das blutige Durchfälle erzeugt, ebenso Safran. Ein Mann simulierte Herzkrankheit, indem er massenhaft Tabak kaute, und erzielte damit tatsächlich einen sehr schnellen Puls. Andere tranken zu diesem Zweck viel und starken schwarzen Kaffee und haben dadurch nicht selten ihrer Gesundheit dauernd geschadet. Geradezu bedenklich waren oft die Folgen, wenn Simulanten Herzkrankheiten künstlich durch Einnehmen von Herzarzneimitteln, wie Digitalis, Oleanderblätter, Koffein, Theobromin und anderen, oft allerschwersten Herzgiften hervorzurufen versuchten, und so mancher Tod durch Herzschlag ist dadurch erfolgt. Ebenso gefährlich war die eine Zeitlang herrschende „Mode“ durch Einnehmen von Pikrinsäure Gelbsucht vorzutäuschen. Durch die chemische Untersuchung ließ sich mit Leichtigkeit feststellen, daß die Gelbfärbung der Haut, die allerdings durch das Einnehmen dieses Giftes tatsächlich erfolgte und sehr intensiv war, nicht wirkliche und echte Gelbsucht bedeutete. Aber die Pikrinsäure ist auch ein starkes Herzgift, und ich selbst habe einen Unglücklichen an den Folgen seiner Simulation sterben sehen, ohne daß es möglich gewesen wäre, ihn zu retten. Daß Zuckerkrankheit und Nierenentzündung gern vorgetäuscht werden, kann man sich denken. Solange sich die Leute begnügen, einfach ein bißchen Zucker oder Eiweiß in das gewisse Fläschchen für die chemische Untersuchung zu schmuggeln, ist es nicht so schlimm; wenigstens schaden sie nicht ihrer Gesundheit, sondern werden nur allerdings sehr leicht — erwischt. Denn das Eiweiß, das sie hineinschütten, ist Hühnereiweiß und nicht Bluteiweiß, der Zucker Küchenzucker und nicht Traubenzucker, wie er durch die Zuckerkrankheit ausgeschieden wird; das alles läßt sich chemisch leicht feststellen. Einige wagten es, durch Einnehmen von Terpentin oder chromsaurem Kali sich eine Nierenentzündung zu machen, und auch von ihnen sind mehrere an dieser erzeugten Krankheit gestorben.

Die hier erwähnten Simulationsmittel und -methoden sind natürlich nur ein kleiner Teil aller bekannten; sie nützen nicht immer, schädigen aber oft die Gesundheit schwer und dauernd.

Dr. med. Karl Ander.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król. Huta; für den Inseratenteil: Anton Rzyttki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse“ Sp. z ogr. odp., Katowice; Druck: „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 — Breslau Welle 322,6.

Allgemeine Tageseinteilung:

11,15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12,15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12,55: Nauener Zeitzeichen. 13,30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten. 15,30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Sonnabend, den 19. November 1927: 15.45—16.05: Uebertragung aus Gleiwitz: Stunde mit Büchern. — 16.05—16.30: Stunde mit Büchern. — 16.30—17.50: Unterhaltungskonzert. — 17.50—18.10: Abt. Wirtschaftsgeschichte. — 18.10—18.30: Walter Schimmel-Falkenau: „Die Filme der Woche". — 18.30: Uebertragung von der Deutschen Welle Berlin: Hans Bredow-Schule. Abt. Sprachkurse. — 18.55: Dritter Wetterbericht, anschließend Funkwerbung. — 19—19.30: Abt. Schulwesen. — 19.30—20: Hans Bredow-Schule. Abt. Sprachkurse. — 20.10: Der Tanz durchs Leben.

Mitteilungen
des Bundes für Arbeiterbildung

Katowice. Am Dienstag, den 22. 11. 1927 findet ein Vortrag von Genossen Okonski über „Historische und materialistische Geschichtsauffassung" um 7½ Uhr im Hotel Central statt. Zahlreiche Beteiligung erwünscht. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Mitglieder der Kulturvereine im Besitz ihrer Karten sein müssen. Im Notfalle genügt die Karte ihres Kulturvereins, auf der aber ihre Beitragszahlung für den Bund für Arbeiterbildung vermerkt sein muß.

Schwientochlowitz. Freitag, den 18. November, abends 7½ Uhr findet im Lokal Schedletzny ein Vortragsabend statt. Als Referent erscheint Dr. Bloch.

Versammlungskalender

Kattowitz. Holzarbeiter: Sonntag, den 20. 11. vorm. 10 Uhr, im Central-Hotel Mitgliederversammlung. Pünktliches Erscheinen erwünscht.

Domb-Josefsdorf. Freidenker. Zu der am Sonntag, den 20. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, im Lokal des Herrn Hosnowski in Agneshütte stattfindenden Versammlung wird um pünktliches Erscheinen gebeten. Gäste durch Mitglieder eingeführt, willkommen.

Königshütte. Freidenker. Sonntag, den 20. November, vorm. 9½ Uhr, findet die fällige Monatsversammlung im Dom Ludowy (Volkshaus) statt. Referent zur Stelle.

Königshütte. D. M. V. Am Sonntag, den 20. November 1927, vormittags 9½ Uhr, findet im Dom Ludowy — Volkshaus — großer Saal, eine Mitgliederversammlung statt. Der wichtigen Tagesordnung wegen, wird restloses Erscheinen aller Kollegen erwartet.

Nikolai. Achtung Metallarbeiter. Sonntag, den 20. 11. vormittags 11 Uhr, findet im Vereinslokal (Ciossek) eine Mitgliederversammlung statt. Es wird gebeten, vollzählig zu erscheinen. Referent zur Stelle.

Vermischte Nachrichten

Flugpropaganda Lindberghs.

Der jugendliche amerikanische erste Ozeanbezwinger Charles Lindbergh hat, in die Heimat zurückgekehrt, jetzt drei anstrengende Monate hinter sich. Zur Förderung des Flugwesens hat er eine Propaganda-Rundreise durch die Vereinigten Staaten gemacht und dabei 82 Städte besucht, 147 Ansprachen gehalten und an 69 Festessen teilgenommen. In jedem der 48 Staaten, die er besuchte, hat er mindestens eine Nacht verbracht. Während dieser Reise hat er 22 000 Meilen im Flugzeug und etwa 100 Meilen im Auto aus Anlaß von Paraden und Empfängen zurückgelegt. Bald sah er ein, daß er den ununterbrochenen Strapazen nicht gewachsen war, weshalb der Donnerstag und Sonnabend zu Ruhetagen erklärt wurden.

68 Kindern das Leben gerettet.

Durch den Heldenmut einer Schwester des Waisenhauses in Bernardsville bei New Jersey wurden 68 Kinder vor dem Flammentode gerettet. Als die Schwester nachts erwachte, hatte ein unbeachtet aufgekommener Brand bereits ziemliche Ausdehnung genommen. Obwohl selbst eine schwächliche Person, trug die Schwester, da der Fußboden nicht mehr sicher schien, 68 Kinder über die brennenden Balken und zog sich schwere Brandwunden an den Füßen zu. Drei Kinder kamen in den Flammen um.

Ein Seeotter-Schutzgebiet auf Kamtschatka.

Zu Erhaltung des fast gänzlich ausgerotteten Seeotters hat die Sowjetregierung auf Kamtschatka am Kap Lopatka ein Schutzgebiet errichtet. Der Seeotter war ehemals im nördlichen Teil des Stillen Ozeans weit verbreitet. Im Norden wurde sein Verbreitungsgebiet ungefähr durch die Inselkette der Aleuten und der Kommandeursinseln begrenzt. Jetzt kommt er fast nur noch im äußersten Süden von Kamtschatka vor. Das Tier liefert das teuerste Pelzwerk der Erde, wird doch ein einzelnes Fell selbst auf Kamtschatka schon mit 8000 bis 10 000 Mk. bewertet. Das Fell ist deshalb so begehrt, weil es Wasser vollständig ableiten läßt. Die Sowjetregierung hat das Betreten des Schutzgebietes streng verboten und eine Wache, die „Achraina", eingesetzt. Es wird jedoch berichtet, daß die „Achraina" selber zu den schlimmsten Feinden der Seeottern gehören soll, da sie die Tiere heimlich jagen und an amerikanische Händler verkaufe.

Verein ehemaliger Stubenältesten.

Es ist eine alte Klage, daß Deutschland viel zu wenig Vereine hat, und daher kommt es, daß der Betätigungsdrang vieler Deutschen sich nicht genügend entfalten kann. Umsomehr ist die Entdeckung neuer Vereinsmöglichkeiten zu begrüßen. Aus Bocholt kommt ein verheißungsvoller Wink, wie folgende Anzeige der dortigen Lokalpresse zeigt: „Verein ehemaliger Stubenältesten Bocholt 1927. Mittwoch, abend um 8,30 Uhr Neuaufnahme in der Wirtschaft, Hitpaß, Münsterstraße. Wahl des Kassierers. Der prov. Vorstand." Das eröffnet Aussichten auf ähnliche Gründungen, die die Erinnerung an frühere Zeiten durch ausgedehnte Gruppierungen für jeden ehemaligen Rekrutenjahrgang für die ehemaligen Offiziersburschen usw. wachhalten werden. Die damals ausgebliebenen Beförderungen könnte man durch Verleihung von Vorstandsgraden ausgleichen.

Feuer- und Gasprobe im Neuyorker Riesentunnel.

Bei dem Bau des Riesentunnels, der Neuyork mit New Jersey verbindet, haben es sich die amerikanischen Ingenieure angelegen sein lassen, eine Ventilationsanlage zu schaffen, die den Ansprüchen moderner Technik entspricht. An den Ausgängen des Tunnels sind Batterien von Ventilatoren aufgestellt, die auf der einen Seite frische Luft in den Tunnel leiten und von der anderen die verbrauchte Luft nach außen befördern. Um das neue Ventilationssystem auf seine praktische Leistungsfähigkeit zu erproben, wurden in dem Tunnel Gasbomben zur Explosion gebracht. Im Verlauf von einer Minute war das Gas von den Ventilatoren aufgesogen. Zwei Minuten genügten ferner, um den Brand eines mit Benzin begossenen und in der Mitte des Riesentunnels in Brand gesetzten Automobils zu löschen. Der Versuch war aus dem Grunde bedeutungsvoll, weil in Zukunft der Tunnel von Tausenden von Fahrzeugen befahren werden wird.

Doppelmord.

Die Polizei von Neusatz in Jugoslawien wurde dieser Tage durch ein in Wien aufgegebenes Telegramm in Aufregung versetzt. Ein Herr Albrecht erbat darin Aufklärung über einen in Neusatz, Mathiasgasse 10, verübten Mord. Es war doch höchst seltsam, daß man in Wien von einem in Neusatz verübten Verbrechen Kenntnis hatte, von dem die Neusatzer Polizei nichts wußte. Man forschte nach und stellte folgendes fest: In dem bezeichneten Hause wohnt Frau Albrecht, die seit Tagen vergeblich ihren Gatten erwartet. Der Mann ist in Wien, und es gefällt ihm hier so gut, daß er nicht daran denkt, seinen Aufenthalt abzukürzen. Um ihn nun nach Neusatz zu locken, telegraphierte die ideenreiche Gattin ihm, in ihrer Wohnung sei ein Doppelmord und ein Selbstmordversuch verübt worden. Der Gatte erschrak, aber fuhr dennoch nicht nach Hause. Er begnügte sich mit dem Telegramm an die Neusatzer Polizei. Und er ist noch heute in Wien, denn jetzt muß er sich von seinem Schreck erholen.

„Sie poussieren" — eine Beleidigung.

Diese Geschichte wird der „Neuen Leipziger Zeitung" aus Berlin gemeldet: Der Autobus ist übervoll. Eine ältere Dame mit zwei Kindern steigt ein. Es ist kalt, sie will mit ihren Kleinen in das Innere des Wagens, der Mittelgang ist ganz frei. Ein junger Herr versperrt ihr den Weg, weigert sich, die ältere Dame vorbeizulassen, zeigt auf die Inschrifft: Das Stehen im Gange ist polizeilich verboten: „Manche Leute können nicht lesen." „Das geht Sie nichts an, das hat mir der Schaffner zu sagen!" Allgemeine Unliebenswürdigkeiten, Geplänkel, Stellungnahme für und gegen. Zuletzt die Aeußerung: „Ach, Sie, Sie stehen ja nur da, um mit Ihrer Dame besser poussieren zu können!" Strafantrag wegen Beleidigung. Vor dem Amtsrichter steht als Angeklagte die ältere Dame, als Kläger — nicht etwa der junge Herr, sondern die Dame, in deren Begleitung er sich befand, und die mit keinem Worte an dem Vorfall teilnahm. Aber sie fühlt sich dadurch beleidigt, daß die Frau gesagt hat, ihr Begleiter poussiere mit ihr. Das werfe ein schlechtes Licht auf sie, denn poussieren könne man nur gegenseitig. Die ältere Dame bestreitet, das Wort „poussieren" gebraucht zu haben. Aber sie hat keine Zeugen. Dem Richter scheint die Sache nicht ganz geheuer. Er versucht zu schlichten und betont, daß es wohl fraglich ist, ob eine höhere Instanz hier überhaupt eine Beleidigung erblicken würde. Er selbst hält „poussieren" allerdings für eine Beleidigung, die auch auf die Dame zurückschlägt, mit der man poussiert. Er schlägt vor, sich dahin zu einigen, daß jeder Teil die Hälfte der geringen Kosten bezahlt. Die Verklagte ist nach einigem Zaudern hierzu bereit. Aber die Klägerin ist entrüstet. Wie kommt sie dazu, auch nur einen Pfennig zu bezahlen? Sie hat doch mit der ganzen Sache nichts zu tun. Es muß also ein Urteil gesprochen werden. Die Angeklagte wird zu einer Buße von zehn Mark und zum Tragen der Kosten verurteilt...

Werbet stets neue Leser für den „Volkswille"!